

Abonnement 65 Pf., monatlich 5,50 M. im voraus zahlbar. Postbezugs 4,22 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 22 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnentent 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Kunst und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration des Wiener „Arbeiter-Zeitung“ über die Umtriebe der österreichischen Heimwehren haben zumindes das eine bewirkt, daß Klarheit geschaffen wurde. Allerdings eine Klarheit, vor der manchem, der bisher gutgläubig in den Heimwehren ein Instrument zur Verteidigung der „Ordnung“ erblickte, die Augen übergehen mochten.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 3

Vormarsch in Holland.

Günstige Anfangs-Ergebnisse.

Amsterdam, 3. Juli, 23,40 Uhr. (Eigenbericht.)

Das bisherige Ergebnis der Kammerwahl läßt fast überall eine bemerkenswerte Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen erkennen.

In Rotterdam wurden bisher 75 081 sozialdemokratische Stimmen gezählt, in Amsterdam in 200 von 430, also noch nicht die Hälfte aller Wahllokale, 64 336 sozialdemokratische Stimmen, in Utrecht 20 474 sozialdemokratische Stimmen; in Leiden stieg die Zahl unserer Stimmen gegen 1925 von 8025 auf 9382, in Leeuwarden von 8846 auf 9468, in Alkmaar von 3077 auf 4230.

Auch in zahlreichen kleineren Orten ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gestiegen, die der Rechtsparteien zurückgegangen. Die Katholiken haben hier und da Stimmenzuwachs zu buchen.

Die Spannung in Amsterdam ist ungeheuer. Tausende stehen trotz der späten Stunde auf dem großen Damplatz im Stadtzentrum. Unser Parteiblatt „Het Volk“ läßt die Wahlergebnisse auf einer riesigen Leinwand erscheinen.

24 Uhr.

Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, kann ziemlich sicher damit gerechnet werden, daß die Katholische Staatspartei und die Christlich-Historische Partei gewinnen, die Sozialdemokraten sich halten, die Antirevolutionäre und die Konservativ-Liberalen zurückbleiben; die Kommunisten scheinen etwas zu gewinnen.

Der sozialdemokratische Erfolg in Amsterdam ist

sehr beträchtlich. Die Zunahme der katholischen Stimmen tut sich besonders im Süden des Landes hervor.

0,45 Uhr.

Um 0,45 Uhr konnte man überall starke Fortschritte der Sozialdemokratie feststellen. Selbst in Maastricht, wo die katholische Kirchenpropaganda die Arbeit der Sozialdemokratie sehr erschwerte, stiegen die sozialdemokratischen Stimmen von 6757 im Jahre 1925 auf 6821. In der Stadt Groningen entfielen von 47 763 abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokratie 16 379.

In Rotterdam beträgt die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen nach einer späteren Zählung 91 789 oder 38,2 Proz.

In Amsterdam bezug sie nach der letzten Zählung 87 805 oder 38,7 Proz.

Alle diese Zahlen stellen bedeutende Stimmengewinne der Sozialdemokratie dar.

Rücktritt der Regierung.

Amsterdam, 3. Juli. (Eigenbericht.)

Die Regierung ist schon am Wahlsamstag zurückgetreten; sie ist außerparlamentarisch und wollte durch ihren Amtsverzicht dem nun seltigen parlamentarischen Kabinett den Weg sofort freimachen.

Das Kabinett de Geer ist im März 1926 zustande gekommen, nach dem das Kabinett Colijn, das nach der Wahl 1925 von der Koalition der drei Rechtsparteien gebildet worden war, infolge der Unstimmigkeiten über die Frage der Zurückziehung der holländischen Gesandtschaft beim Vatikan gestürzt war.

Das sächsische Karussell.

Büngers Rechtskabinett. — Der Brief Müdes. — Killinger gegen Müde.

Dresden, 3. Juli. (Eigenbericht.)

Dem neuen Kabinett Bünger werden außer den Ministern Krug von Nidda und Weber, die bereits der Regierung feid angehört, der Oberlandesgerichtspräsident Dr. Mansfield als Justizminister und der Bauhener Kreishauptmann Dr. Richter als Innenminister angehören. Sowohl Mansfield als auch Richter gelten als „partellos“. Das Arbeits- und das Wohlfahrtsministerium bleiben bis auf weiteres unbesetzt, zumal die Altsocialisten vorläufig eine Beteiligung an der Regierung abgelehnt haben.

Herr Bünger wird sich heute dem Landtag mit dem neuen Kabinett vorstellen. Sein Kabinett ist ein ausgeprochenes Rechtskabinett. Trotzdem deutet die demokratische Presse bereits an, daß die sächsischen Demokraten diesem Kabinett zu einer parlamentarischen Mehrheit verhelfen würden! Die Entscheidung liegt dann aber immer noch bei den Nationalsozialisten.

Die sächsischen Nationalsozialisten liegen sich wegen des Angebots des Herrn von Müde an die Sozialdemokraten und Kommunisten in den Haaren. Herr Manfred von Killinger ist über dieses Schreiben sehr erboht, er bezeichnet es als eine Putzarbeit Müdes. Nun hat aber das Schreiben, das in der kommunistischen Presse veröffentlicht wird, folgenden Wortlaut:

Dresden-Loschwitz, den 29. Juni 1929.

An die Herren Vorsitzenden der Sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktionen im Sächsischen Landtag, Dresden.

Sehr geehrte Herren!
Die Entwicklung der innerpolitischen Ereignisse, die sich an die Wahl des jetzigen Herrn Ministerpräsidenten geknüpft haben, veranlassen die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Ueberlegungen einzutreten, ob die zukünftige Regierung überhaupt lebensfähig ist.

Ich darf mir daher erlauben, als Abgeordneter der „Sektion Reichsleitung“ der NSDAP, mit Ermächtigung und im Auftrag meiner Parteileitung an Sie heranzutreten mit der Frage, ob Sie geneigt sind, mit mir Verbindung aufzunehmen zur Klärung der Frage, ob eine Unterstützung einer von Ihren Parteien gebildeten sächsischen Regierung durch die nationalsozialistische Fraktion sich ermöglichen läßt.

Die Herren werden sich aus dem vorigen Landtag erinnern, daß dieselbe Frage schon einmal gespielt hat und daß damals Zusicherungen gemacht werden konnten, die es uns ermöglicht haben würden, eine von Ihren Parteien gebildete Regierung zu unter-

stützen. Dieselben Punkte würden ja auch heute zur Debatte stehen. Ich darf sie daher im Kernpunkt wiederholen. Damals stellte ich zur Bedingung in erster Linie die Vermeidung jedes Ausnahmegesetzes gegen meine Partei, Vermeidung jedes Verbots oder Auflösung aus Gründen, die bei anderen Parteien unter gleichen Verhältnissen nicht zum Verbot oder zur Auflösung führten, Vermeidung aller Polizei-Schikanen usw., Vermeidung einer Beschränkung der Meinungs-freiheit. Sollten die Herren geneigt sein, die angeregte Besprechung zu haben, so wäre ich für eine Benachrichtigung, gegebenenfalls fernmündlich, zu Dank verpflichtet. Ich darf annehmen, daß ein völliges Schweigen auf mein Schreiben als Ablehnung aufzufassen ist und daß ich dann dementsprechend meiner Reichsparteileitung Bericht erstatten könnte. Die Nationalistische Fraktion hat Kenntnis.

Ich darf ergebnis bitten, dieses Schreiben als vertraulich zu behandeln.

Mit vorzüglichster Hochachtung Ihr ergebenster Helfmuth von Müde, Abgeordneter der „Sektion Reichsleitung“ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Herr Hitler und Herr von Müde, die Reichsleitung, klopfen links an, diemeil Herr von Killinger rechts anklopft. Neueste Phase des sächsischen Bürgerblockkarussells: Kahlholgerei bei den Nationalsozialisten.

Wobei man nicht übersehen darf, daß gleichviel ob Herr Bünger eine parlamentarische Mehrheit erhält, das Arbeiterland Sachsen zunächst von einem um reaktionäre Beamte vermehrten Rechtskabinett regiert wird.

Schlechte Aussichten für Bünger.

Dresden, 3. Juli. (Eigenbericht.)

Die Kommunisten haben im Sächsischen Landtag bereits ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Bünger eingebracht. Inzwischen haben die Auswertler beschlossen, für das Mißtrauensvotum zu stimmen, so daß einschließlich der sozialdemokratischen und kommunistischen Opposition insgesamt 48 von 96 Stimmen für das Mißtrauensvotum abgegeben werden dürften. Stimmt auch nur einer der beiden Altsocialisten für das Mißtrauensvotum, was nicht unwahrscheinlich ist, so ist eine Mehrheit von 49 Stimmen gegen das Kabinett Bünger vorhanden. Die neue Regierung kann also bereits am Donnerstag wieder gestürzt werden.

Bürgerkrieg?

Gefahren des Heimwehrafaschismus in Oesterreich.

Von Julius Deutsch, Wien.

Die Enthüllungen der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ über die Umtriebe der österreichischen Heimwehren haben zumindes das eine bewirkt, daß Klarheit geschaffen wurde. Allerdings eine Klarheit, vor der manchem, der bisher gutgläubig in den Heimwehren ein Instrument zur Verteidigung der „Ordnung“ erblickte, die Augen übergehen mochten.

In den österreichischen Kleinstädten und Dörfern lebt ein ganz eigenartiger Geist. Ausgeschaltet vom großen Strom der Entwicklung, festgebann in der Unkultur einer Welt-abgeschiedenheit, in die nur während einiger Monate des Jahres die Sommerfrischler einige Abwechslung bringen, lebt ein verspiegertes Kleinbürgertum. Das ist nun rabiat geworden! Es lehnt sich gegen die großen Werke des sozialen Fortschritts auf, die sich die Arbeiterklasse Wiens und der paar großen Industriebezirke erkämpfen konnte. Der gesellschaftliche und kulturelle Aufstieg der Arbeiterklasse hebt sich vom Niedergang des Kleinbürgertums zu sichtbar ab, als daß es von den Spießern am Stammtisch ohne Grollen ertragen werden könnte.

Freilich, die Kleinbürger allein wären aus eigener Kraft kaum imstande gewesen, wehrhafte Bataillone zu bilden. Sie brauchten Führer, Organisatoren. Die fanden sich in den abgebaute Offizieren der alten k. u. k. Armee, die zu vielen hunderten beschäftigungslos in den Kleinstädten herum-lagen. Soweit die Habsburgeroffiziere nicht ausreichten, wurden sie von Deutschland her ergänzt. Seit dem Kapp-Putsch gibt es zahlreiche Flüchtlinge in Oesterreich, die zuerst bei uns ein Asyl suchten und fanden, um später das Asylland zu Stätte faschistischer Verschwörungen zu machen.

Die deutschen Kapp-Offiziere sind die eigentlichen Macher der österreichischen Heimwehren. Sie haben das Provinzkleinbürgertum organisiert und ihre Reihen durch Bauernjöhne sowie durch etliche Arbeiter verstärkt, die man mit allen Mitteln des Terrors in die Heimwehren preßte. Diese gemischte Gesellschaft wird durch keine große Idee zusammengehalten. Sie will nichts Positives, sondern begnügt sich mit einem impotenten Raunzen über den Fortschritt der Arbeiterklasse. Zusammengehalten werden die Heimwehren, wie man jetzt aus Dokumenten klar und eindeutig beweisen konnte, durch das bare Geld der Unternehmer. Große Summen verschlingen die Heimwehren und ihre Führer. Und da ist kein Unterschied zwischen jüdischen und christlichen Unternehmern! Beide Gruppen öffneten bereitwillig ihre Kassen, um den „Bekämpfern des Bolschewismus“, als die sich die Heimwehren dem erschreckten Kapital anboten, Mittel für ihre Ausrüstung zur Verfügung zu stellen.

Diese Mittel sind tatsächlich sehr sinngemäß verwendet worden. Die Unternehmer können ihre Freude daran haben, was die Heimwehren mit Geld alles zustande brachten. Sie kauften Maschinengewehre und Gewehre in großen Mengen. Mehr noch, sie errichteten ein eigenes Laboratorium zur Herstellung von Giftgasen in Graz und veranstalteten Übungen mit den dort erzeugten Handgranaten. Sofern das Geld der Unternehmer nicht mehr ausreichte, fand man andere Wege, um die Heimwehren auszurüsten. Zahlreiche Dokumente, die jetzt veröffentlicht wurden, zeugen von einer erstaunlich engen Verbindung der Offiziere des Bundesheeres, der Gendarmerie und der Polizei mit den Heimwehren.

So ist schließlich eine illegale Armee entstanden, die sich ganz so gebah wie seinerzeit die Hitler-Armee vor der Münchener Novemberrevolution. Ihre Macher hatten ebensolche bramabrisierenden Drohreden, wie Adolf Hitler zu seiner Glanzzeit. Die Steidles und Priemers gleichen auf ein Haar dem eiten Bernegroß vom Harstrand. Ebenso wie die Leute des Hakenkreuzes beschäftigten sich aber auch die Führer der Heimwehren nicht allein mit innerpolitischen Problemen. Sie machen auch in Weltpolitik. Da werden zum Beispiel in wüster Kanegieherei Prospekte auf Prospekte ausgeheftet, die ermöglichen sollen, mit Italien und Ungarn gemeinsame Sache zu machen. Dieser Richtung gilt die Kleine Entente als der Feind. Aber andere, insbesondere die Tiroler, können diesen Kurs nicht mitmachen, weil sie von Mussolinis Faschisten zu oft gebemüht worden sind. So wird nun mächtig hin und her gestritten, und je nachdem, ob der heimwehrlische Stammtisch in Steiermark oder in Tirol seinen Sitz hat, gibt es sehr verschiedenartige außenpolitische Tendenzen...

Der ganze Heimwehrenzug wäre sicherlich nicht von Bedeutung, wenn hinter ihm nicht politische Drahtzieher stehen würden, die im öffentlichen Leben Oesterreichs eine beträchtliche Rolle spielen. Der frühere Bundeskanzler Seipel und seine engeren Freunde sind es, die (zum Teil gegen den Willen der christlichsozialen Bauern und Arbeiter) die Heimwehren fördern und stützen. Erst die Bundesgenossenschaft mit diesen Politikern ermöglichte den Heimwehren ihr unverschämtes Auftreten. Sie mißachteten nun ganz offen die Anordnungen der derzeitigen Regierung wie die der christlichsozialen Landeshauptleute. Ganz zweifelsohne sind sie längst

alles andere als ein Instrument zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Sie sind vielmehr zu einem Element der Anarchie geworden, das die Verwahrung des Staates und der Länder in seinen Grundfesten gefährdet.

Es ergibt sich nun die Frage, ob die Heimwehren stark genug sind, der österreichischen Demokratie gefährlich zu werden. Auf sich allein gestellt wären die Heimwehren auch heute noch ein bedeutungsloser Klügel, der sich im Ernstfalle an den festen Mauern des Republikanischen Schutzbundes die Schadel einrennen würde. Aber so einfach liegen die Dinge nicht mehr. Die Kooperation der Heimwehren mit leitenden Organen der Staatsexekutive — das ist die eigentliche Gefahr, die der Demokratie in Oesterreich droht. Freilich sind auch die antisozialistischen Gegenkräfte in den letzten Jahren nicht geringer, sondern stärker geworden. Während früher die Sozialdemokratie im Kampfe gegen die Heimwehren ganz isoliert war, zeigt sich jetzt allgemach auch in anderen österreichischen Parteien eine gewisse Erneuerung. Die bürgerlichen Zeitungen, die noch vor wenigen Monaten die Heimwehren feierten und verherrlichten, sind heute zurückhaltender. Eine ganze Reihe namhafter bürgerlicher Politiker hat sich sogar sehr ungeschickt und deutlich von den Heimwehren abgemeldet. Je näher die Gefahr eines Bürgerkrieges rückt und je verantwortungsloser das Gebahren der Heimwehrführer wurde, desto größer wurde die Schar derjenigen, die da nicht mehr mitmachen wollen. Es ist allerdings noch immer möglich, daß es die Heimwehren wagen, bei einer ihnen passend erscheinenden Gelegenheit es auf einen Zusammenstoß ankommen zu lassen. Aber die Situation ist im allgemeinen für sie nicht mehr günstig.

Auch das Schlagwort vom „Verfagen des Parlamentarismus“ ist kaum mehr zugkräftig, weil das Parlament unter der Führung der neuen Regierung eine Reihe wichtiger Gesetze, wie das Letenschnygegesetz, erledigt hat und eben im Begriffe ist, eine Reihe weiterer Reformen, wie zum Beispiel die der Altersversicherung, der endgültigen Erledigung zuzuführen. So ist nunmehr die antiparlamentarische Stimmung, von der die Heimwehren eine Zeitlang lebten, ganz sichtbar im Abklingen begriffen.

Die Arbeiterklasse Oesterreichs verläßt sich natürlich nicht auf die schwankenden Stimmungen des Bürgertums. Sie geht unbeirrt den Weg der Demokratie und den der Verteidigung der Demokratie. Im Kampfe gegen die Heimwehren ist die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie in den letzten Jahren noch bedeutend gewachsen. Auch der Republikanische Schutzbund, die Verteidigungsformation der österreichischen Arbeiterklasse, ist stärker geworden. Gestützt auf ihre eigene Kraft können so die österreichischen Arbeiter den Gefahren des Heimwehrschismus ohne Zagen entgegenstehen. Das sichere Gefühl der vorhandenen Kraft wird sie indes niemals dazu verleiten, die Gefahren, die ein Bürgerkrieg für alle Teile des Volkes in sich birgt, gering zu schätzen. Das oberste Ziel ihrer Taktik war und wird es weiter sein, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um dem Ausbruch eines Bürgerkrieges entgegenzuwirken.

Sozialfaskistin Klara Zetkin.

Sie wollte nicht nach Leddys Pfeife tanzen.

In einem geheimen Rundschreiben an die politischen Sekretäre der einzelnen Bezirke hat das Zentralkomitee der KPD. besondere Anweisungen über die Behandlung des Falles „Klara Zetkin“ gegeben. In den Rundschreiben wird zunächst befohlen, daß der Abreise Klara Zetkins von Moskau heftige Auseinandersetzungen mit der gegenwärtigen Führung der Komintern vorausgegangen sind. Klara Zetkin habe eine Erklärung unterschreiben sollen, nach der sie sich in Deutschland von jeder Verbindung mit der ausgeschlossenen Brandler-Gruppe zurückhalten und sich bei einer politischen Tätigkeit Thälmann unterstellen würde. Das habe Klara Zetkin abgelehnt. Sie habe hinzugefügt, daß sie bei etwaigen Schwierigkeiten die Dienste des deutschen Konsuls in Moskau in Anspruch nehmen müsse. In dem Rundschreiben wird schließlich verlangt, daß in den einzelnen Bezirken der Boden für den zu erwartenden Ausschluß vorbereitet werde. Klara Zetkin wird als eine willkürliche altersschwache Person bezeichnet, deren Rückfall in die sozialdemokratische Ideologie schon jahrelang verdetet worden sei.

Die kommunistische Oppositionspresse berichtet, in kommunistischen Mitgliederversammlungen erzählten die KPD.-Sekretäre bereits, Klara Zetkin sei mit Brandler bei den „Sozialfaskisten“ gelandet.

Zentrumsarbeiter zur Zollpolitik.

Die Konsequenz: Lohnerhöhungen.

Wien, 3. Juli. (Eigenbericht.)

In einer großen Versammlung der christlichen Gewerkschaften in Wien erklärte der Reichstagsabgeordnete Schlaß (Ztr.) u. a. die breiten Schichten des Volkes würden durch die neue Zollhöhung mit etwa 100 Millionen Mark jährlich mehr als bisher belastet. Man müsse verlangen, daß dafür ein Ausgleich durch Lohnerhöhungen geschaffen werde.

Der Redner wandte sich nach diesen Ausführungen gegen die Art, wie manche landwirtschaftliche Zeitungen und Führer das Ergebnis dieser Zollhöhungen aufgenommen und als eine Verhöhnung der Landwirtschaft kritisiert haben. Angesichts dessen müsse es sich die Arbeiterschaft überlegen, ob sie in Zukunft noch in der Lage sei, zu derartigen Maßnahmen ihre Hilfe zu leisten.

Die Mecklenburger Rechtsregierung.

Schwerin, 3. Juli. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen der bürgerlichen Fraktionen des Landtages von Mecklenburg-Schwerin zur Neubildung der Regierung — mit Ausnahme der Demokraten — stehen vor dem Abschluß. Die Nationalsozialisten werden die Regierung unterstützen. Sie soll sich zusammensetzen aus dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer von Mecklenburg-Schwerin, einem Gutbesitzer Karl Eichenburg als Ministerpräsidenten und dem provisorischen Leiter des Landesfinanzamtes Mecklenburg-Vöckel, Ministerialrat Bierstädt. Ministerialrat Bierstädt war längere Zeit im Reichsfinanzministerium tätig und soll der Deutschen Volkspartei nahestehe. Eichenburg, der bisher in der mecklenburgischen Politik noch nicht hervorgetreten ist, gehört dem deutschnationalen Landbund an.

Tschechisch-madjarischer Konflikt.

Verkehrssperre wegen Verhaftung eines Spions.

Die tschechoslowakische Regierung hat ihren Eisenbahnverkehr nach der ungarischen Grenzstation Hidasnemeti bis auf weiteres eingestellt und ihre Beamten von dort zurückberufen. Zur Begründung gibt Prag an, ein tschechoslowakischer Eisenbahner sei von ungarischen Beamten verschleppt worden, ohne daß die tschechoslowakischen Behörden irgendwie verständigt wurden.

Budapest legt dazu: Die ungarischen Behörden haben bereits seit längerer Zeit gemerkt, daß der tschechische Konsilier Pecha bemüht ist, sich in den Besitz von vertraulichen militärischen Schriftstücken zu setzen. Am 28. Juni hat ein Kellner des Gasthauses von Hidasnemeti, der seit längerer Zeit Vermittlerdienste für Pecha leistet, dem Pecha ein Schriftstück übergeben, das militärische Angaben enthielt. Pecha hat das Schriftstück genommen und durchgesehen, worauf er sich aus dem Gasthaus entfernte. Die ungarischen behördlichen Organe, die die verdächtige Haltung Pechas aufmerksam verfolgt hatten, haben ihn in Haft genommen. Mehrere Zeugen erklären, daß der Verhaftete, wie er selbst auch gestand, bereits seit längerer Zeit eine Verbindung mit Personen unterhält, die ihm Schriftstücke vertraulichen militärischen Charakters übermitteln.

Der tschechoslowakische Gesandte in Budapest wird von der ungarischen Regierung Auffklärung über die Verhaftung Pechas verlangen und Beschwerde erheben. Das Regierungsblatt „Prager Presse“ schreibt, man täusche sich in Budapest, wenn man glaube, auf diese Art Vergeltung für die Verhaftung ungarischer Staatsbürger in der Tschechoslowakei üben zu können. (Die Budapestener Regierungspresse hatte nämlich geschrieben, daß häufig ungarische Staatsbürger trotz gültigen Sichtvermerks beim Betreten tschechoslowakischen Bodens verhaftet werden.)

Reverdings droht Prag mit Sperrung der ganzen Ungarngrenze, wenn Pecha nicht bis Freitagvormittag entlassen ist. Die Ungarn haben auch einen Landwirt in Hidasnemeti verhaftet.

Dem protestierenden tschechischen Gesandten erklärte der ungarische Außenminister Ballo, das Vorgehen der ungarischen Behörden richte sich gegen die Spionagetätigkeit Pechas, den man längere Zeit beobachtet hätte. Diese Antwort wird von Prag aus als nicht befriedigend erklärt, da die Art und Weise der Verhaftung, auch wenn der Grund richtig war, dem tschechisch-ungarischen Eisenbahnübereinkommen widerspreche.

Minister Thomas' Programmrede.

Arbeiterregierung und Arbeitslosigkeit.

London, 3. Juli. (Eigenbericht.)

Der Minister für Arbeitsbeschaffung G. H. Thomas entwickelte im Unterhaus die ersten Pläne der Arbeiterregierung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Thomas betonte, daß ein abgekürzter Weg zur Überwindung der Erwerbslosigkeit nicht vorhanden ist. Die Millionengabe der Erwerbslosen gab ein falsches Bild, als hiervon

50 Proz. nur vorübergehend beschäftigungslos

sind. Die verbleibenden 500 000 teilweise lange Zeit hindurch zur Unfähigkeit Beurteilen stellen das gefährliche Problem dar. Sein ernstes Bestreben geht dahin, überflüssige Imparität zu vermeiden und an ihre Stelle Güter zu setzen, die in Großbritannien selbst erzeugt werden können. Als Beispiel führt er an, daß er die Eisenbahngesellschaften veranlaßt hat, in Zukunft stählerne Schlafwagen bauen zu lassen, an Stelle der hölzernen, für die das Material aus dem Ausland eingeführt werden müsse.

Das von Thomas entwarfene Aktionsprogramm zerfällt in drei Teile: Arbeiten, die sofort in Angriff genommen werden können, wie z. B. die Ersetzung der hölzernen durch stählerne Schlafwagen, Verwendung von Zement statt Holz durch die Postverwaltung, Straßenbauten aus dem Weggeldfonds von 37½ Millionen Pfund; Arbeiten, über deren Notwendigkeit allgemeine Uebereinstimmung herrscht, die jedoch eine gewisse Vorbereitung sachlicher und technischer Natur benötigen, wie Eisenbahnelektrifizierung, Schaffung einer

Ringbahn um London für den Gütertransport.

baldirer Beginn des Weiterbaus bzw. der Verbesserung der Londoner Brücken. Die dritte Kategorie sind großzügige Probleme der Industrieförderung, die genauer Vorbereitung bedürfen.

Thomas beschränkte sich in seiner Rede im wesentlichen auf die ersten beiden Punkte und betonte, daß die Regierung in Ergänzung ihres Programms Maßnahmen der lokalen Behörden und gemeinnützigen Körperschaften fördern wolle. Die Frage der Erhöhung des schulpflichtigen Alters auf 15 Jahre sowie die Pensionierung alter Arbeiter wird mit größter Beschleunigung untersucht werden.

Nach den Ausführungen von Thomas ergriff

Churchill

das Wort, der u. a. ausführte: Jedermann wird sicher bereit sein, Herrn Thomas angesichts der von ihm übernommenen Aufgabe Sympathie und Wohlwollen zu gewähren. Auch Herr Snowden wird sicher von allen Seiten des Hauses aufrichtig und herzlich beglückwünscht werden, wenn es ihm — Churchill erinnerte an Snowdens Angriffe auf die Schuldenabkommen mit Frankreich und den Vereinigten Staaten — gelingt, Frankreich zu überreden, mehr zu zahlen oder die Vereinigten Staaten, weniger zu nehmen. Selbstsam aber würde es sein, wenn Snowden als erste wichtige Unterhandlung eine europäische Vereinbarung verteidigen müßte, die Großbritannien in eine schlimmere Lage bringt als die war, die damals Snowden als durchaus standaldis bezeichnete. Die konservative Opposition erwartet, daß die Regierung Anfang 1930 einen Vertrauensantrag einbringt, damit das Haus dann nach eingehender Aussprache über die politische Lage, wie sie sich bis dahin entwickelt hat, abstimmen kann.

Churchill schloß: Im Augenblick, wo die Regierung Macdonald einen Versuch unternehmen sollte, irgendwelche jener fundamentalen Trugschlüsse in Kraft zu setzen, auf dem das gesamte Gefüge der sozialistischen Partei aufgebaut ist, wird sie aus dem Amt gejagt werden.

Lloyd George über Abrüstung und Räumung.

Der weitere Verlauf der Debatte brachte die mit Spannung erwartete

Rede des Führers der Liberalen Lloyd George,

der u. a. erklärte: Die Vorschläge der Regierung können vielleicht den Mitgliedern der Arbeiterpartei gefallen, aber ich zweifle, ob die Arbeitlosen über sie ebenso erfreut sein werden. Meiner Meinung nach hätte die Regierung einen kühneren Plan entwerfen müssen. Lloyd George bezeichnete weiter Macdonalds Besprechungen mit dem amerikanischen Botschafter Dawes als begriffslos.

Wenn nun die Regierung ein Abkommen über die Verminderung der Flotten der Welt erzielt, so darf sie sich doch keineswegs vorstellen, daß sie damit das gesamte Abrüstungsproblem gelöst hat. Im gegenwärtigen Augenblick gibt es, so fuhr Lloyd George fort, in Europa acht große und kleine Mächte mit mächtigerer militärischer Ausrüstung als vor dem Kriege.

Die Verhandlungen der Abrüstungskommission waren bis zum gegenwärtigen Augenblick nichts als eine Komödie.

Eine Abrüstungsverminderung ist nicht durchgeführt worden. Es be-

steht auch kein Anzeichen für den Wunsch oder die Absicht der Abrüstung. Wenn es der Regierung nicht gelingt, die Politik durchzuführen, die die Grundlage des Völkervertrages ist, nämlich drastische Abrüstungsverminderung auf dem europäischen Kontinent, wird die Gefahr für den Frieden bestehen bleiben. Gewiß ist die augenblickliche Regierung durch den Umstand behindert, daß das vorige Kabinett sich verpflichtet hat, nicht die Reserven in die Berechnung militärischer Verpflichtungen auf dem Kontinent einzuschließen. Solange eine Abrüstungskonferenz unter dieser Bedingung zusammentritt, muß sie eine vollkommene Farce bleiben. Vier Fünftel der Heere auf dem Kontinent seien aus Reserven zusammengesetzt.

Es gebe nur einen einzigen Weg zur Abrüstungsverminderung, nämlich den gegenüber Deutschland verfolgten, die Heeresläufe zu vermindern und das Kriegsmaterial auf den Schuttbergen zu werfen.

Die Abrüstungen auf dem Kontinent seien jetzt bei weitem gewaltiger als im Jahre 1914. Es sei denn, fuhr der Redner fort, daß die gegenwärtige oder eine künftige englische Regierung das Problem wirklich in Angriff nehmen wird, und daß das feierliche schriftliche Versprechen erfüllt wird, das wir alle im Jahre 1919 gegeben haben, und in dem sämtliche alliierten Mächte und alle die anderen, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, sich verpflichteten, ihre Abrüstungen gründlich und bis zum Mindestmaß, das mit ihrer Sicherheit vereinbar ist, herabzusetzen, vorher ist es zwecklos, über Schiedsgerichtsbarkeit zu reden. Zur Rheinlandfrage übergehend bedauerte Lloyd George, daß die Regierung die Frage der Räumung mit der der Reparationen in Zusammenhang gebracht habe, mit denen sie nichts zu tun habe. Nach dem Friedensvertrage, so erklärte er, sollte das Rheinland geräumt werden, sobald Deutschland die Bedingungen des Vertrages durchgeführt hat, und niemand kann sagen, daß Deutschland nicht seit Jahren die Bedingungen des Vertrages durchgeführt habe.

Infolgedessen begrüße ich die Erklärung der Regierung, daß Großbritannien die belgischen Soldaten abfordern und einen Druck auf die anderen Mächte ausüben wird, diesem Beispiel zu folgen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede äußerte sich Lloyd George zustimmend über die Haltung der Regierung gegenüber dem Industrieschutz.

Joseph Wauters' Leichenzug.

Unter den Hunderttausend marschieren Minister und Diplomaten.

Brüssel, 3. Juli. (Eigenbericht.)

Die Leichenfeier für Joseph Wauters gestaltete sich zu einer großartigen Trauerkundgebung des ganzen arbeitenden Volkes von Belgien. Wohl seit Jahrzehnten hat Brüssel kein solches Leichenbegängnis gesehen.

Vor dem Sorg hielten Banderole und die Brouckere kurze Ansprachen. Leon Blum sprach im Namen der ausländischen Delegierten. Für die deutsche Sozialdemokratie war Crispian erschienen. Ungezählte Tausende füllten den großen Platz und die angrenzenden Straßen. Sie bildeten später den Trauerzug, den eine Abteilung Arbeiterwehr führte. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 100 000 geschätzt. Der Zug, in dem auch zahlreiche bürgerliche Politiker, Minister und Beamte sowie ausländische Diplomaten sich befanden, bewegte sich an den Ministerien und dem Parlament vorbei, wo die Nationalfarben halbhoft gehißt waren. Am Ausgang der inneren Stadt wurde der Zug von einem Kräfteleichenwagen übernommen und in Begleitung der Familie und des Parteivorstandes nach Buzemme in der Provinz Brüssel zur Beerdigung übergeführt.

Frankreich dürste nachgeben.

Der Streit um den Konferenzort.

Paris, 3. Juli. (Eigenbericht.)

Das französische Außenministerium hat nach den Vorstellungen des deutschen Botschafters hinsichtlich der Wahl des Tagungsortes für die diplomatische Konferenz der englischen Regierung gegenüber nochmals alle Gründe dargelegt, die ihrer Auffassung nach für die Wahl eines neutralen Tagungsortes sprechen. Indessen gibt man sich hier keinerlei Illusionen mehr darüber hin, daß Frankreich sich schließlich mit der Wahl Londons wird einverstanden erklären müssen, da alle anderen Mächte ihre Zustimmung bereits erteilt haben. Der Quard'Orsay wird auch keine Einwendungen dagegen erheben, daß die Konferenz, wie Deutschland es wünscht, in den ersten Tagen des August zusammentritt.

Krach im Bühnenvolksbund.

Der neue Generaldirektor Hüggens hat seinen Posten verlassen

Vom Bühnenvolksbund, der „Christlich-nationalen“ Theaterbesucherorganisation, hört man erbauliche Dinge. Soeben wird bekannt, daß gänzlich unerwartet der Generaldirektor Hüggens seinen Posten mit sofortiger Wirkung verlassen hat. Seit dem 1. Juli — der Vorgang spielte sich tags zuvor ab — ist die Reichsgeschäftsstelle des Bühnenvolksbundes verwastet. Ueber den Nachfolger zerbrechen sich die verbliebenen Hinterbliebenen noch die Köpfe.

Wie das kam? Die Antwort auf diese Frage liegt auf der Hand. Hüggens hat vor einem Jahr das Erbe seines Vorgängers Gerst, nämlich eine vor dem Ruin stehende Organisation, als ehemaliger Antipode Gersts übernommen. Der neue Mann hatte gewiß keinen leichten Stand. Er versuchte, die auseinanderstrebenden Kräfte des Bühnenvolksbundes, ein Konglomerat reaktionärer Parteimischung, auf eine vernünftige Linie zu dirigieren. Selbst Anhänger und Vertrauensmann des linken Zentrums, wollte Hüggens wohl seinen Bund vor der drohenden restlosen Hölzerung bewahren und die Organisation auf eine aktionsfähige Grundlage stellen. Aber die Widerstände schienen doch größer gewesen zu sein, als man leicht hin annehmen durfte. Wohl vermied man sprgfüchtig eine allzustarte Betonung des „Christlichen“ und des „nationalen“ Elements innerhalb des Programms; bestenfalls wendete man diese Firmenbezeichnung je nach Bedarf und nach den augenblicklichen Konjunkturverhältnissen an. Aber auf die Dauer ließen sich die Risse nicht überkleistern. Im Bühnenvolksbund steht der Zentrumsarbeiter neben dem Hofentzweyer, der nationale Spießer neben dem Stahlhelmmann. Ein brodelndes Durcheinander, auf die Dauer in Güte nicht vereinbar. Und nun scheint es, als ob der neue Generaldirektor nicht nur seiner Aufgabe erliegen, sondern von den Gegnern erdrückt worden sei. Er hätte gewiß bleiben können; bestimmt zwang ihn niemand zum Gehen. Als charaktervoller Mann, der Hüggens war, mußte er gehen.

Die inneren Verhältnisse des Bühnenvolksbundes werden durch diesen außergewöhnlichen Vorgang wieder einmal schlagartig erhellt. Die latente Krise wird auch durch diese neueste Explosion nicht behoben. Man darf aber gespannt sein, auf welchen Irrwegen der Bühnenvolksbund endlich zu seiner irdischen Sanierung oder, was wahrscheinlicher ist, zum endgültigen Fiasko kommt.

Kirchenvertrag angenommen.

Der Hauptausschuß stimmt mit 16 gegen 13 Stimmen zu.

Die Beratungen über den Staatsvertrag mit der Kurie wurden gestern im Hauptausschuß des Preussischen Landtages zu Ende geführt.

Zwischen den Wortführern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei entstanden dabei abermals überaus heftige Auseinandersetzungen, die auf der Seite der Deutschen Volkspartei von Herrn von Campe, Dr. Kriege und Dr. Stendel, auf der Seite des Zentrums von den Herren Linneboom, Bauscher und Heß geführt wurden.

Kultusminister Dr. Becker gab im Namen des Staatsministeriums die Erklärung ab, daß das Staatsministerium dem endgültig formulierten Entschließungsantrag der Demokraten zustimmt. Der Antrag lautet:

„Unverzüglich in Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen einzutreten über Konzesse, die auf dem Gebiet der Religionsübung, des kirchlichen Eigentums und anderer kirchlicher Rechte der innerkirchlichen Selbstverwaltung und der Verwaltung, der Dotationen und der Besetzung der leitenden Ämter die paritätische Behandlung mit der katholischen Kirche sicherstellen. Dabei soll weiter geprüft werden, ob die bisherige Rechtslage hinsichtlich der Besetzung der theologischen Lehrstühle vertraglich festgelegt werden kann.“

Hr. König (Soz.) begründete einen Entschließungsantrag seiner Fraktion, der das Staatsministerium ersucht, unverzüglich die Bestimmungen des Artikels 137 Ziffer 7 der Reichsverfassung auf dem Verordnungsweg durchzuführen. Es handelt sich dabei um die Gleichstellung der Vereinigungen, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen (Freidenker). Kultusminister Becker äußerte sich zustimmend zu diesem Entschließungsantrag.

In der Schlussabstimmung wurde der Kirchenvertrag mit 16 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Wirtschaftspartei gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien angenommen.

Zunor wurde der demokratische Antrag zugunsten der evangelischen Kirche gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag zugunsten der Freidenker (Artikel 137 der Reichsverfassung) wurde angenommen.

Die Arbeitslosenversicherung.

Zwei Vorträge im Rundfunk.

Vor den Hörern der „Deutschen Welle“ und zahlreicher Ortsender sprachen am Mittwochabend Reichstagsabgeordneter Peter Graßmann, der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und nach ihm Dr. Erdmann, vom Hauptverband der Unternehmer, über die Arbeitslosenversicherung. Einig in der Anerkennung der Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung, gingen beide Redner in der Frage ihrer Sanierung desto weiter auseinander. Graßmann betonte, daß die vielfach behaupteten Mißstände bei ihrer Nachprüfung auf eine verschwindende Zahl einschrumpfen und daß die Gewerkschaften jeden Mißbrauch auf das schärfste verfolgen; er sieht den Weg, das Defizit der Versicherung zu beseitigen und ihre Leistungsfähigkeit zu stärken in der Beitragserhöhung um 1 v. H. und in der Niederlegung der vom Reich pflichtgemäß gegebenen Zuschüsse.

Dr. Erdmann sprach entschieden gegen die Beitragserhöhung, die die kaum erträgliche Kapital- und Kreditnot der Wirtschaft zu der Mehrbelastung durch den Young-Plan ins Unerträgliche steigern würde. Sanieren könne man nur durch Beseitigung der Fehlerquellen, von denen der Redner aber nur die Sonderfürsorge für die Saisonarbeitslosen erwähnte, um sie rundweg abzulehnen. Er berief sich auch auf amtliche Berichte, die ihm recht gäben, die aber noch nicht veröffentlicht seien. Wenn solche Berichte vorhanden sind — bisher hat man darüber noch nichts gehört — so muß man schon fragen, woher sie die Unternehmerorganisation hat! Veröffentlichten solle man sie nun sofort!

Ein Serajewo-Attentäter. An der philosophischen Fakultät der Belgrader Universität wurde der letzte lebende Teilnehmer an dem Serajewoer Attentat im Jahre 1914, Bala Gibrilowitsch, zum Doktor der Philosophie promoviert. Seine Doktorarbeit war der Rechtfertigung des bosnisch-herzegowinischen Aufstandes vom Jahre 1876 gewidmet.

Hitler in Verkleidung.

In Sachsen bot die Hitler-Partei den Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsame Regierungsbildung an.



Der verummte Hitler: „Nix s'u handeln?“

Der Schimpfprinz zu Lippe.

Größlichste Beleidigung republikanischer Minister kostet 500 Mark.

Blogau, 3. Juli. (Eigenbericht.)

Der Prinzenpröbling beleidigt weiter. In einem Brief an den Landgerichtspräsidenten hält er ihn reis für Jerusalem. Der Staatsanwalt fordert vier Monate Gefängnis. Auf eine Geldstrafe bittet er nicht zu erkennen. Ein die Staatsform verhöhrendes Urteil, an Stelle von einem Monat Gefängnis wird der Angeklagte zu 500 M. Geldstrafe verurteilt.

Vor der Großen Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hennig fand heute die Berufungsverhandlung gegen den Prinzen Friedrich Wilhelm zu Lippe auf Drogelwig statt, der in der ländlichen deutschnationalen Zeitung, im „Guhrauer Anzeiger“, in einem Artikel über Stahlhelm-Volksbegehren und Außenpolitik grobe Beschimpfungen der Republik und ihrer Minister ausstieß. So schrieb er, daß man im Zuchthaus gewesen sein müsse, um Minister der Republik zu werden. Die Vorinstanz hatte den Prinzen am 13. April zu einer Geldstrafe von 300 M. verurteilt.

Bei der Verhandlung sind Generalstaatsanwalt Re. nede-Breslau und auch der Landgerichtspräsident Berthold-Blogau anwesend. Die deutschnationalen Handdruck-Schöffen ist diesmal im Zuhörerzimmer. Zu Beginn der Verhandlung ließ der Angeklagte durch seinen Verteidiger, Reichstagsabgeordneten Everling, den Antrag, fünf von ihm mitgebrachte Zeugen zu vernehmen,

die beweisen werden, daß in nationalen Kreisen die inkriminierten Worte sprichwörtlich sind.

Zur Person des Angeklagten erfahren wir, daß jener Prinzenpröbling heute noch als Hauptmann eine Pension von 217 M. pro Monat von der dreimal verlustigten Republik bezieht, dennoch aber diese aufs gemeinste beschimpft; weiter, daß der Prinzenpröbling, dem es angeblich sehr schlecht geht, als Deputant auf dem Gute seines Vaters ist und daß er weiter als Aufsichtsratsvorsitzender der Kohlen- und Erz-L.-G. tätig ist, aber keinerlei Dividende noch sonstige Einkommen aus diesem Posten bezieht. Für zwei im vergangenen Jahre unternommene Auslandsreisen, auf die der Staatsanwalt hinweist, will er die Gelder aus Freundeskreisen, u. a. von der Kohlen- und Erz-L.-G. erhalten haben. In Griechenland, Ägypten und Kopten will er rassenpsychologische Studien betrieben haben, aus deren Lehren heraus er auch diesen Aufsatz geschrieben hat. Parteipolitisch war er schon in den verschiedensten Rechtslagern tätig, besonders bei den völkischen Gruppen.

In der heutigen Verhandlung verfuhr der Prinz sich als den unschuldigsten der Menschen hinzustellen. Er habe mit seinen Sätzen die Minister nicht beleidigen wollen. Mit seinem Artikel wollte er nicht etwa die Staatsform, sondern nur die Regierungsweise abändern. Er sei zwar Monarchist, so erklärte er, aber für dieses Korruptionssystem sei heute die Monarchie viel zu schade.

Seine fünf Zeugen, alle Stahlhelmsführer, konnten direkt Positives zur Entlastung nicht auslegen. Mit einer Geste nach dem Zuhörerzimmer verfuhr der Verteidiger deutschnationaler Propaganda aus der Sache zu machen.

Zu einem Zusammenstoß mit dem Anklagevertreter kam es, als man die Rechtsfrage in bezug auf den Strafanzug des preussischen Ministerpräsidenten erörterte. Der Verteidiger Everling bezichtigte den Ministerpräsidenten einer amtlichen unwahren Antwort. Der Staatsanwalt verwahrte sich ganz energisch dagegen, dennoch hielt Herr Everling in schnodderigem Tone die Zweifel aufrecht.

Zur Würdigung des Charakters des Prinzen forderte die Anklagebehörde die Verlesung eines an den Landgerichtspräsidenten in Blogau vom Angeklagten gerichteten Briefes. Der Landgerichtspräsident hat durch sein energisches Einschreiten in einer anderen Justizangelegenheit und auch in der Handdruckaffäre sich den Hof der Rechtskreise zugezogen, und aus diesem Grunde heraus erlaubte sich der Angeklagte u. a. folgendes zu schreiben:

„Weiter Herr Landgerichtspräsident!
Wie aus republikanischen Kreisen verlautet, steht Ihre alsbaldige Ernennung zum Oberlandesgerichtspräsidenten von Jerusalem bevor.“

Er beglückwünschte ihn dazu und empfehle ihm, als Beirat sich den Affessor Viererkowall mitzunehmen. Wegen dieser unerhörten Beleidigung ist bereits Strafantrag gestellt.

Staatsanwaltschaftsrat Pittig hielt nach § 8 Ziffer 1 des Republikstrafgesetzes die Beschimpfung für erwiesen. Der Angeklagte wollte die in Weimar gewählte Staatsform treffen. Er will sie beseitigen, um eine andere an ihre Stelle zu setzen. Jeder Unbefangene

muß dies aus dem Artikel herauslesen. Von Sprichwörtern zu reden, sei direkt lächerlich. Das deutsche Volk ist in seiner Mehrheit zu gesund, derartige Sachen zu denken und als Sprichwörter zu bezeichnen. Zur Vertung des bewußten Handelns des Angeklagten zog er auch den Brief an den Landgerichtspräsidenten heran. Der Angeklagte hat scharfe Beschimpfungen ausgestoßen und muß daher eine scharfe Strafe erhalten. Er fordere vier Monate Gefängnis.

Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf 500 M. Geldstrafe an Stelle von einem Monat Gefängnis.

In der Begründung des Urteils sieht das Gericht wohl die inkriminierten Sätze als Beschimpfung an, hielt aber bei der Strafzumessung die Unbescholtenheit und politische Einstellung dem Angeklagten zugute und hat von einer Gefängnisstrafe noch abgesehen. Es hielt eine empfindliche Geldstrafe als ausreichende Sühne für seine Tat. Der Angeklagte behält den Besämann, fiegend das Urteil entgegenzunehmen, ohne daß er vom Vertigenden gerügt wurde.

Fünfhundert Mark Geldstrafe für den Prinzen, der im vergangenen Jahre eine große Auslandsreise machen konnte auf der einen Seite — die müßten Beschimpfungen gegen republikanische Minister auf der anderen Seite: diese Gleichung stimmt nicht.

Schöffen: ein Gutsbesitzer und ein größerer Landwirt. Wenn die Justiz verlagert, verbleibt die öffentliche Kennzeichnung der niedrigen Gesinnung jener „nationalen“ Leute, die wie der Prinz zu Lippe die Republikaner verleumdend. Dieser Prinz ist eine wahre Fierde des „nationalen“ Adels, ein Beispiel jenes Heldentums, das diese Kreise in der Republik auszeichnet.

Die 500 M. werden seine generösen Freunde blechen — es bleibt ihm die Verachtung aller anständigen Menschen.

Evangelische Kirche und Republik.

Gibt sie wirklich dem Staate, was des Staates ist?

In diesen Tagen, wo die evangelische Kirche zur Begründung ihres Verlangens, einen Vertrag mit der preussischen Staatsregierung abzuschließen, ausdrücklich durch den Mund der Generalsynode hat verkünden lassen: „Die evangelische Kirche ist jederzeit bereit, dem Staate zu geben, was des Staates ist“, ist eine aus Brasilien kommende Mitteilung ganz außerordentlich interessant:

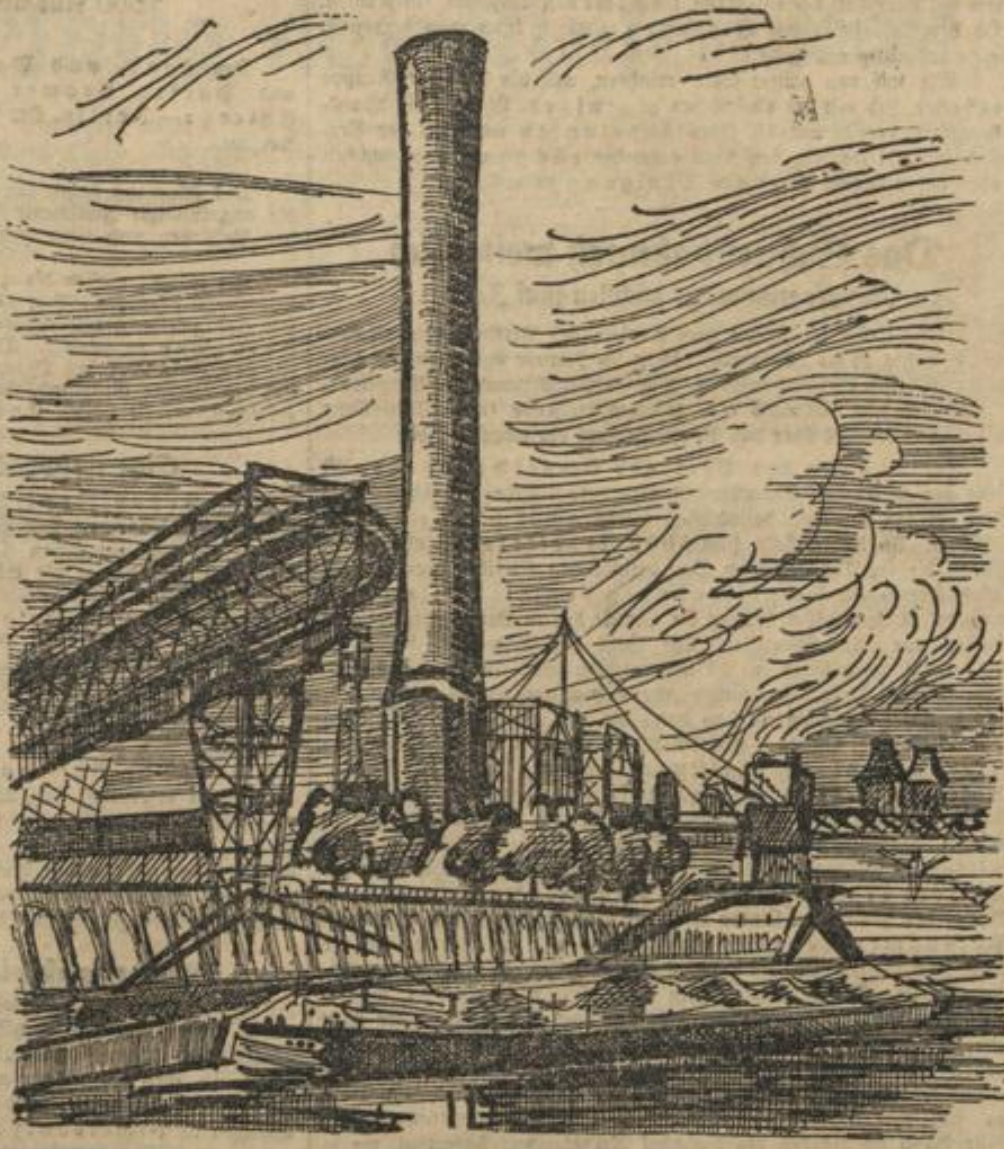
Das gut republikanische „Deutsche Volksblatt“ berichtet über das große 7. Turnfest der Deutschen Turnerschaft von Rio Grande do Sul. Diese für das gesamte brasilianische Deutschland sehr bedeutame Veranstaltung vom 29. Mai, an der auch die brasilianischen Behörden teilnahmen, erhielt einen empfindlichen und störenden Mißklang dadurch, daß der um das Zustandekommen des Festes besonders verdiente deutsche Generalkonsul, also der Repräsentant des Deutschen Reiches, nicht erschienen war. Der Grund für sein Fernbleiben lag darin, daß das verfassungsmäßige Hoheitszeichen des Deutschen Reiches das Banner Schwarzrotgold, auf dieser Rundgebung sabotiert wurde. Es war, wie gemeldet wird, wegen der hartnäckigen Republikfeindschaft „einflußreicher Persönlichkeiten“ des dortigen Deutschland nicht möglich, die Fahne Schwarzrotgold zu zeigen.

Wer waren nun aber diese einflußreichen Persönlichkeiten, denen die Fahne Schwarzrotgold ein Dorn im Auge ist? Sie bestanden, wie uns dazu geschrieben wird, aus einigen Kaufleuten und aus der in der Synode von Rio Grande zusammengesetzten reichsdeutschen evangelischen Geistlichkeit. Aus der Mitte dieser Geistlichkeit sprang denn auch Herr Pastor Gottschald für die Postrede ein, die der Generalkonsul halten sollte. Wie uns mitgeteilt wird, ist die deutsch-evangelische Synode von Rio Grande do Sul, die solchermassen schwarzweißrot angestrichen ist, dem preussischen evangelischen Kirchenbund angeschlossen und empfängt von ihm ihre Weisungen.

Wir sind gespannt, was die evangelische Generalsynode zu diesem keineswegs vereinigt dahstehenden Vorkommnis sagt, und ob sie bereit ist, sehr unmißverständlich die Auslandsdeutsche evangelische Geistlichkeit darüber zu belehren, ob das Gebot, dem Staate zu geben, was des Staates ist, etwa nur für den untergangenen schwarzweißroten Obrigkeitstaat gegolten hat oder ob es auch für die Republik Geltung haben soll.

Der Riesenschornstein von Charlottenburg.

Zu den höchsten Schornsteinen Europas ist der eben fertiggestellte Schornstein des Kraftwerkes Charlottenburg zu rechnen, der mit seiner 128 Meter Höhe in gewaltiger Weise die ganze Umgebung überragt. Sein unterer Durchmesser mißt 13 Meter, der obere 8 Meter. Errichtet wurde er zur Vermeidung von Flugaschenebeln, die in der Umgebung des Kraftwerks anfalligen Bewohner früher ausgeht waren. — Außerdem wurde im Kraftwerk Charlottenburg zum Ausgleich der in den Wintermonaten, vornehmlich abends auftretenden Ueberbelastung eine Rhyth-Speicheranlage errichtet. Sie hat den Zweck, in den Zeiten geringer Belastung, also nachts und in den Tagesstunden, den von den Turbinen nicht benötigten Dampf aufzuspeichern. Zu Zeiten der Höchstbelastung des Werkes wird der Dampf dann dem Speicher entnommen und mittels Turbinen in elektrische Energie umgesetzt. Auf diese Art ist es also möglich, 67 000 Kilowatt zu speichern, um sie in 1 1/4 Stunden zur Entladung zu bringen. Die Ausnutzung des aufgespeicherten Dampfes geschieht durch zwei Turbinen von je 20 000 Kilowatt Maximalleistung.



Rnickerböcker und Baron v. Dassel.

Wie die russischen Dokumentenfälscher hineingelegt wurden.

Der zweite Verhandlungstag im Orlow-Pawlowow-Prozess brachte schon mehr Klarheit; die Nebenschaendchen von Verleumdungen, hinter denen der wirkliche Tatbestand verbüllt werden sollte, begannen sich allmählich zu zerstreuen. Die Behauptungen der Angeklagten, der amerikanische Journalist Rnickerböcker habe gemeinsam mit der GPU gefälschte Dokumente gegen die amerikanischen Senatoren Borah und Norris in Umlauf gebracht, um die wahren Beziehungen der beiden zu der Sowjetregierung zu verschleiern; ihre Verdächtigungen, Rnickerböcker habe sie als Lockspindel der politischen Abteilung IA am Polizeipräsidenten auf das Glatteis des Dokumentenverkaufs gelockt, haben sich schon heute als plumpe Verdunkelungsmanöver entpuppt. Im übrigen bewegte man sich in der letzten Sitzung unter obigen russischen Herren mit deutschen Namen: v. Lampe, Baron Dassel, Baron Küster. Den Höhepunkt der Verhandlung bildete die Aussage des Herrn Rnickerböcker.

Der Journalist Rnickerböcker.

Man ist über die ruhige Sachlichkeit dieses viel jünger aussehenden 33jährigen, schmalen, rothaarigen Amerikaners angenehm überrascht. Seine überlegene Darstellung bot der Aggressivität der Verteidiger keine einzige Angriffsfläche. Im Gegenteil; er begann seine Aussagen gewissermaßen selbst mit einem Generalangriff auf die Verteidigung. Er müsse an dieser Stelle, erklärte er, unter Berufung auf Neumundszeugen den Verleumdungen, die über ihn verbreitet werden, entgegenzutreten. Zur Sache selbst sagte er: Im Oktober vorigen Jahres sei zu ihm Herr Dassel gekommen und habe ihm erzählt, daß er einen früheren Agenten der GPU kenne, der sehr interessante Enthüllungen über hochgestellte amerikanische politische Persönlichkeiten machen könne.

Als er im Januar in den amerikanischen Zeitungen die Berichte darüber las, daß der von dem amerikanischen Senat eingesetzte Untersuchungsausschuß die Fälschungen der Borah- und Norris-Dokumente festgestellt habe, und daß Borah sich mit diesen Feststellungen nicht begnüge, sondern dem Ursprung der Fälschungen nachgehen wolle, da erinnerte er sich an das Gespräch mit Dassel. Er fragte ihn, ob nicht unter den Dokumenten irgendwelche seien, die auf Borah Bezug hätten. Dassel versprach, sich danach zu erkundigen. Einige Tage darauf handigte er Dassel auf dessen Ersuchen einen Speisevorschuß in Höhe von 75 M. ein. Wieder ein paar Tage später besuchte ihn Dassel erneut und nannte ihm diesmal den Namen Sumarokow. Rnickerböcker erkundigte sich bei der russischen Botschaft und erhielt die Auskunft, daß dieser bis zum Jahre 1924 sich tatsächlich in russischen Diensten befunden habe und wegen Diebstahls entlassen worden sei.

Schon bei der ersten Begegnung hatte Dassel Rnickerböcker erzählt, daß Pawlowow sei angeblich einen ganzen Koffer mit Dokumenten besitze, unter denen sich auch Borah-Schriftstücke befänden; der Koffer sei aber versperrt; um ihn auslösen zu können, brauche er Geld. Am 28. Februar rief Dassel Rnickerböcker an und teilte mit, das Pawlowow sei die Dokumente nicht zeigen wolle, ohne einen Vorbehalt erhalten zu haben. Rnickerböcker weigerte sich, im voraus zu bezahlen. Am 29. Januar brachte ihm Dassel zwei Ausweise des Pawlowow mit und bat ihn, als Pfand gegen diese 100 M. für Pawlowow vorstücken zu wollen. Am 30. Januar sollte Rnickerböcker dann die beiden Dokumente erhalten. In der Nacht vom 30. zum 31. fand aber in seinem Kabinett ein rätselhafter

Einbruch statt; sämtliche Schreibeische waren erbrochen. Von Papieren oder sonstigen Sachen fehlte nichts.

Die Verteidigung ist bemüht, festzustellen, daß Rnickerböcker in diesem Falle gewissermaßen als Lockspindel der Polizei tätig gewesen sei. Er hätte nicht anders gehandelt, sagte der Zeuge, wenn auch die Polizei ihre Hände nicht im Spiele gehabt hätte. Nachdem er von Pawlowow trotz des Vorwurfs die versprochenen Schriftstücke nicht erhalten, dagegen in der Nacht vom 30. auf den 31. der Einbruch stattgefunden hatte, habe er auf Anraten des amerikanischen Botschafters Anzeige bei der Polizei erstattet. Regierungsdirektor Dr. Weis ließ ein Protokoll aufnehmen und rief ihm, mit der Betrugsanzeige noch zu warten, da er doch nicht wissen könne, ob er nicht doch noch echte Dokumente erhalten würde. Erst als er auf seine Forderung, ihm die Originale der gefälschten Borah-Schriftstücke zu besorgen — dem amerikanischen Ausschuss hätten nur Photographien vorgelegen —, ihm das dritte Schriftstück zur Verfügung gestellt werden sollte, da griff die Polizei ein.

Baron v. Dassel.

Baron v. Dassel weiß viel und interessant zu erzählen. Er ist Journalist und schreibt für amerikanische Zeitungen. Mit einem Empfehlungsschreiben des Barons Küster fand er Zutritt zu Pawlowow. Sehr verdächtig erschien es dem Zeugen, daß dieser immer ganz genau die Wünsche Rnickerböckers notierte. So kam das dritte „fabelhafte“ Dokument zustande, das ganz den Wünschen Rnickerböckers entsprach; es ging aus demselben deutlich hervor, daß die GPU selbst die gefälschten Borah-Dokumente in Umlauf gesetzt hatte. Zuerst legte Pawlowow seinen Auftraggebern nur die englische Uebersetzung dieses Dokumentes vor. Später brachte er das Original. Als er den Verdacht äußerte, Rnickerböcker könnte es photographiert haben, beruhigte Dassel ihn: das würde jeder journalistischen Ethik widersprechen. Das Schriftstück war aber schon photographiert.

Baron v. Küster.

Dieser Zeuge kennt Orlow noch von Rußland. (Er hat unter ihm in der Freiwilligen Armee gedient. In der Orlow'schen Wohnung traf er sehr oft Pawlowow; einige Tage schlief dieser sogar bei ihm, sprach aber später über seinen Gastgeber sehr schlecht. Auch Orlow war auf Pawlowow schlecht zu sprechen. Der Zeuge scheint übrigens selbst großes Interesse für antidoschewistische Dokumente zu haben. So schrieb er eines Tages aus Paris an Orlow und bat ihn, ihm für die französische Regierung irgendwelche Schriftstücke über die Tätigkeit der Bolschewisten in Frankreich zur Verfügung zu stellen. Orlow war diesmal nicht dazu in der Lage; man habe ihm die Dokumente gestohlen, schrieb er zurück. Im August oder September 1928 hat dann Pawlowow dem Zeugen seine sensationellen Dokumente über die amerikanischen Politiker angeboten. So gelangten sie später über Baron Küster und über Baron Dassel an Rnickerböcker. Der Baron bestreitet auch nicht, daß er geholfen habe, an der ganzen Sache etwas zu verdienen. Laut Vertrag mit Rnickerböcker sollte nämlich Orlow 1000 Dollar erhalten, Küster, Dassel und Pawlowow dagegen sollten die zweiten 1000 Dollar unter sich verteilen.

Pawlowow's Braut, das 23jährige Fräulein Dümmeler, ist eine sehr interessante Zeugin. Sie war es, die von Orlow persönlich das erste Schriftstück erhalten und es Dassel gebracht hat. Ihr

bei Rnickerböcker erklärt, daß ihn nur die gefälschten Originaldokumente interessieren; zusammen mit ihrem Bräutigam begab sie sich stracks zu Orlow, der sich auf der Stelle bereit erklärte, den Wunsch des amerikanischen Journalisten zu erfüllen, moon Fräulein Dümmeler den Auftraggeber auch sofort telephonisch benachrichtigte; ihr hat schließlich Orlow die englische Uebersetzung des „fabelhaften“ Dokumentes in die Feder diktiert. Die Zeugin will wissen, daß Pawlowow mehr als tausend schriftliche Berichte dem Obersten Sievert während seiner Tätigkeit bei ihm eingereicht hat. Als Dank dafür versuchte der russische Oberst die Braut zu veranlassen, den ihrem Bräutigam gehörenden Koffer voll Dokumente zu ihm in die Wohnung zu schaffen, damit er hier an einigen für ihn gefährlichen Schriftstücken Änderungen vornehmen könne. Als die Zeugin Herrn Sievert eines Tages zur Rede stellte, weil er ein ihm von Pawlowow für die deutsche Regierung übergebenes Dokument auch in die Hände einer anderen Regierung übermitteln hätte, erklärte dieser: „Sie können tun, was Sie wollen. Hinter mir steht die deutsche Regierung und die politische Polizei.“

Man wird ja Herrn Sievert in der heutigen Sitzung kennenlernen. Auch Beamte der politischen Polizei werden vernommen werden.

20 000 Mark Geldstrafe.

Das Urteil im Waldenburger Betrugsprozess.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte, unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Rehner, verurteilte nach kurzer Beratung den Bankier Theodor Rathke, durch dessen Kautionsgeschäfte die Stadt Waldenburg schwer geschädigt wurde, wegen Betragens gegen das Bankdepotgesetz in Tateinheit mit Betrug zu einer Geldstrafe von 20 000 M.

Zu dem Urteil fügte Amtsgerichtsrat Rehner eine für den Angeklagten vernichtende Urteilsbegründung hinzu. Das Gericht wäre der Ansicht, daß der Angeklagte allein schon dadurch gegen das Bankdepotgesetz verstoßen hätte, indem er die Obligationen, die er für die Stadt lombardiert hatte, allein weiterbesaß. Der Rechtswidrigkeit des Vermögensvorschlages von 200 000 M. sei sich Rathke auch subjektiv bewußt gewesen. Der Oberbürgermeister, der seine Verfehlungen freimütig eingestand, hätte als Zeuge glaubwürdig ausgesagt, daß er in diesem Punkte von dem Bankier getäuscht wurde. In anderen Fällen der Anklage mußte auf Freispruch erkannt werden. Dieser Freispruch wäre aber kein Ruhmesblatt für Rathke, weil er auf der Tatsache beruhe, daß der Angeklagte völlig unfähig sei, ein Bankgeschäft zu führen. Seiner Unwissenheit wegen müßte ihm aber der gute Glaube zugestanden werden. Strafbar wäre aber wieder der fingierte Vertrag der Stadt Waldenburg, die der Höhepunkt der Tragödie dieser Transaktionen genannt werden müßte. Es sei wohl in der Geschichte der Kommunen etwas ganz Einzigartiges, was hier gescheitert wurde. Die Stadt Waldenburg war ihr Geld los, und man fand nicht den Mut, die Wahrheit eingestehen. Der Oberbürgermeister verschleierte nicht nur seiner Behörde den Tatbestand, sondern er hielt es für richtig, durch den fingierten Vertrag, nach dem die Obligationen noch bei Rathke lagen, Waldenburg zu immer höheren Zahlungen zu verpflichten. Die Tatsache, daß der Angeklagte unbestraft war, sicherte ihm mildere Umstände zu, so daß auf Geldstrafe zu erkennen war. Der Angeklagte habe nicht aus verbrecherischer Reue gehandelt, sondern er wolle in Unkenntnis über die Grenzen seines Könnens größere und zwar ausländische Geschäfte finanzieren.

Betriebskosten und gesetzliche Miete.

Inkrafttreten der neuen Bestimmungen am 1. August.

Die gesetzliche Miete beträgt in Preußen wie in den anderen deutschen Ländern seit dem 1. Oktober 1927 120 Proz. der reinen Friedensmiete. Nach diesem Zeitpunkt ist in zahlreichen Gemeinden eine Erhöhung der Abgaben für Entwässerung (Kanalisation), Straßenreinigung, Fäkalien-, Müll- und Schlackenabfuhr eingetreten. Für diese Erhöhung der Betriebskosten findet der Vermieter in der nach dem Stande der Betriebskosten vom 1. Oktober 1927 einheitlich für ganz Preußen festgesetzten Miete bisher keine Deckung.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wird hier durch eine demnächst in der Preussischen Gesetzsammlung erscheinende Verordnung des Preussischen Staatsministeriums Abhilfe geschaffen. Danach haben die Gemeindebehörden einen Hundertjah der reinen Friedensmiete zu bestimmen, um den sich die gesetzliche Miete dort erhöht, wo eine Erhöhung der eingangs bezeichneten Betriebskosten nach dem 1. Oktober 1927 stattgefunden hat. Damit wird dem Vermieter ein Ausgleich für die ihn örtlich jeweils treffende höhere Belastung gewährt. Die neue Verordnung des Staatsministeriums tritt am 1. August d. J. in Kraft.

Deutsch-französischer Schüleraustausch.

Unter der großen Zahl der gegenwärtig Berlin verlassenden Kinder und Jünglinge befinden sich auch zwei Gruppen, die besonderer Erwähnung verdienen. In Zusammenarbeit des Berliner Landesjugendamts mit dem Deutsch-französischen Schüleraustauschdienst, Heidelberg, ist es gelungen, 58 Schüler und ferner durch Vermittlung der Deutschen Liga für Menschenrechte 46 Schüler der höheren Lehranstalten der Stadt Berlin nach Frankreich auszutauschen. Sie verlassen Berlin unter der Führung von Studienräten in drei Gruppen und bleiben während der Ferien in Paris und seiner Umgebung und zu einem Teil auch in Südfrankreich, um dann mit ihren französischen Austauschpartnern am Ende der Ferien nach Berlin zurückzukehren. Acht Wochen lang bleiben also die deutschen und französischen Schüler zusammen, um sich gegenseitig als Gäste bei den Austauschpartnern näherzukommen und ihre Sprachkenntnisse zu fördern.

Drei Radfahrer unter einem Möbelwagen.

Gestern Abend ereignete sich an der Ecke Grell- und Hagenmannstraße ein schwerer Straßenunfall. Ein Motorradfahrer, der auf dem Sojusjitz einen Begleiter mit sich führte, fuhr beim Ueberqueren der Straßengrenzung mit einem Radfahrer zusammen. Alle drei Personen stürzten auf das Straßengestühl. Zu allem Unglück passierte in demselben Augenblick ein Mürtelwagen die Unfallstelle und die beiden Motorradfahrer gerieten unter die Räder des Wagens. Sie erlitten dabei schwere Schädelbrüche und innere Verletzungen. Die Verunglückten, ein Hans Scherer aus der Schreinerstraße 20 und Johann Mehls aus der Grüneberger Straße 14, wurden ins Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht. Der Radfahrer ist mit leichten Verletzungen davongekommen.

Geldraub Unter den Linden.

Das Mitteleuropäische Reisebureau um 30 000 M. bestohlen.

Die Langfinger, die sich das Reiselieber zunutze machen, wissen zu arbeiten. Mit größter Anwesenheit hat gestern in den ersten Nachmittagsstunden ein unbekannter Dieb aus der Wechselkassette des M. E. R. Unter den Linden das gesamte Portefeuille mit 30 000 M. Inhalt entwendet.

Die Bureauräume im Erdgeschoss bergen einen großen hülsenförmigen Kasten. Auf der einen Seite befindet sich die Fahrkartenkassette, auf der anderen die Wechselkassette. Diese ist von hohen Glaswänden umschlossen mit einer Schalteröffnung in der Mitte. Der Angestellte, der sie bedient, geht nicht zu Tisch, sondern speist in den hinteren Räumen, wenn der Andrang gerade etwas nachläßt. Am Mittwoch nachmittag kurz vor 2 Uhr trat eine kleine Bande ein. Da rief eine Filiale des Unternehmens aus der Friedrichstraße an und bat um 1000 französische Franken Wechselgeld. Der Kassierer begab sich also nach vorn in seinen Verschlag, um das Geld bereitzulegen. Da sah er zu seinem Entsetzen, daß während seiner kurzen Abwesenheit ein Dieb den gesamten Geldbestand entwendet hatte. Kriminalbeamte des 1. Reviers wurden sofort benachrichtigt, konnten aber von dem Diebe keine Spur mehr finden. Die Tatsache, daß etwa 50 bis 60 Leute im Räume anwesend waren und hin und herliefen, hat natürlich sein Vorhaben begünstigt. Es erschien zunächst unbegreiflich, wie der Dieb sich der Geldkassette hatte bemächtigen können. Gleich neben der Wechselkassette sitzt ein Angestellter, der die Pauschalreiseabteilung bearbeitet. Etwa 3 Meter hinter der Wechselkassette sind drei Angestellte mit der Abfertigung der Schlafwagenabteilung beschäftigt. Alle hatten voll zu tun und konnten nur wenig auf ihre Umgebung achten. Durch Versuche, die die Kriminalbeamten anstellten, ergab sich, daß nur ein sehr groß gewachsener und magerer Mensch mit langem Arm sich durch die Schalteröffnung zwängen und das Geld ergreifen konnte. In dem Portefeuille befanden sich außer den Banknoten noch für etwa 20 000 M. Traveller-Checks, die sofort gesperrt wurden. Es ist immerhin möglich, daß einer der Anwesenden eine Beobachtung gemacht, die zur Aufklärung beitragen kann. Zweckdienliche Nachrichten werden an den 1. Kriminalbezirk des Polizeiamtes Mitte erbeten.

Um einen Rembrandt.

Ist er echt oder ist er falsch?

Der Streit um den angezeigten Rembrandt, über den wiederholt berichtet wurde, ist zwar in künstlerischer Hinsicht noch nicht entschieden, die polizeilichen Ermittlungen sind jedoch zu einem gewissen Abschluß gelangt.

Das bisher gesammelte Material wird nunmehr der Staatsanwaltschaft zur weiteren Veranlassung übergeben werden. Die Nachforschungen, die Kriminalkommissar Thomas in Wien anstellte, ergaben, daß das Gemälde nicht aus Privatbesitz stammt, sondern in einer Wiener Kunsthandlung war. Diese übergab es einem Maler, aus dessen Händen es zunächst an einen Polen und dann an den Berliner Professor gelangte, der es der rheinischen Gruppe verkaufte. Die Stempel, es sind deren vier, zeigen, daß es zweimal bereits ausgeführt und einmal wieder eingeführt worden ist, ein Beweis, daß es schon mehrmals im Handel aufgetaucht. Aus dem Oktober 1927 liegt ein Gutachten des verstorbenen Experten von Bode vor, der das Gemälde für einen echten Rembrandt ansprach und ihm die Bezeichnung „Die heilige Familie“ gab. Der holländische Gutachter Hoofsteede Groot schrieb das Gemälde vor fünf Jahren dem Fabricius zu und nannte es „Die Beschneidung Moises“. Es ist möglich, daß ein Schüler Rembrandts es in der Werkstatt des Meisters geschaffen hat und daß der Meister selbst Anleitungen gab. Der vorletzte Agent, der Polse, schloß bei seiner Vernehmung vor, daß er der deutschen Sprache nicht genügend mächtig sei und gab zu, daß er infolge dessen manches Mißverständnis haben könne. Da das Bild durch so viele Hände gegangen ist, so hat jeder nach seinem Ermessen ihm mehr oder weniger Wert beigelegt. Die Ber-

liner Gruppe hat aber nicht nach Treu und Glauben gehandelt. Sie hat Versicherungen gegeben, die nicht den Tatsachen entsprechen. Ob der Tatbestand des Betruges vorliegt, kann man jetzt noch nicht endgültig entscheiden.

Wie wir von dritter Seite erfahren, will die Berliner Gruppe versuchen, sich mit der rheinischen zu einigen. Obwohl die Wandlungsfrist bereits am 13. April abgelaufen war, soll der Versuch gemacht werden, den Kauf entweder rückgängig zu machen oder auf anderem Wege eine Einigung zu erzielen.

Das Schnellbahnetz weitet sich.

Bauprogramm der nächsten fünf Jahre.

Ueber die Pläne zum Ausbau des Berliner Schnellbahnetzes ist im „Vorwärts“ schon im Januar dieses Jahres ausführlich berichtet worden. Das Nachrichtenamt des Magistrats gibt jetzt nochmals eine zusammenfassende kurze Darstellung und schreibt über das Bauprogramm der nächsten Zeit:

Der Ausbau des Berliner Schnellbahnetzes ist eine der wichtigsten Aufgaben im verkehrspolitischen Hinsicht. Heute sind bei den im Bau befindlichen Strecken 8000 Arbeiter beschäftigt. In dieser Zahl sind 5000 Arbeitslose einbezogen. Wenn die im Augenblick im Bau befindlichen Strecken beendet sind, wird Berlin ein Schnellbahnetz von 81,1 Kilometer besitzen. Augenblicklich beträgt die Strecke des in Betrieb befindlichen Netzes nur 55,9 Kilometer. Die Zahl der Bahnhöfe, die heute 70 beträgt, wird dann auf 95 angewachsen sein. Die Umsteigebahnhöfe sind bei dieser Berechnung nur einmal gezählt. Nach dem Abschluß dieser Arbeiten werden dann die von der Stadtverordnetenversammlung bereits genehmigten neuen Bahnlösungen Alexanderplatz—Kleistpark und Hallesches Tor—Kriminalgericht und die Verlängerung der bereits bestehenden Linie Gesundbrunnen—Reutlin und der Nord-Süd-Bahn in Angriff genommen. Diese neuen Linien bzw. die Verlängerung der bestehenden werden die Gesamtmenge unseres Schnellbahnetzes um weitere 17 Kilometer auf 98,1 Kilometer erhöhen. Außer den genannten Linien wird der Bau zweier Linien, die vom Potsdamer Bahnhof ausgehen und zur Hasenheide bzw. zum Lehrter Bahnhof führen sollen, in Aussicht genommen. Diese Strecke wäre dann nach Siemensstadt weiterzuführen, wodurch der großen Zahl der dort Beschäftigten der Weg zur Arbeitsstätte wesentlich abgekürzt würde. Ferner wird daran gedacht, den Zweig der Ost-West-Linie, der augenblicklich in der Ullandsstraße endet, bis Halensee zu verlängern. Endlich wird es sich als notwendig herausstellen, die Gesundbrunnen—Reutlin-Bahn im Norden bis Bahnhof Reinickendorf-Rosenthal, die ja auch Anfangsstrecke der Liebenwalder Eisenbahn ist, und im Süden bis nach Brigg zu verlängern. Außerdem wird die Nord-Süd-Bahn bis Mariendorf, Trabrennbahn, weitergeführt werden. Nach Vollendung dieser Arbeiten, für die eine Zeit von 5 Jahren angenommen werden kann, wird das Berliner Schnellbahnetz rund 136 Kilometer lang sein. Die Kosten für diesen Ausbau werden etwa 445 Millionen Mark betragen.

Tatütata, der Kronprinz ist da!

Der Hohenzollernkult scheint immer noch nicht ganz ausgestorben zu sein — wenigstens in gewissen Kleinbürgerlichen Kreisen. Von einem Leser unseres Blattes wird uns geschrieben: „Der sonst so friedliche Herrort Friedenau hatte vor wenigen Tagen einen großen Tag: der Kronprinz, der älteste Sohn des erledigten Kaisers, hatte einem Bildhauer seinen Besuch abgestattet. Kaum hatte sich die Fama verbreitet, als Leute herbeikam, um das seltene Schauspiel miterleben zu dürfen. Kinder umzingeln das kronprinzliche Auto und waren selig über einen Händedruck, was bei den Kleinen schließlich noch zu verstehen wäre. Aber kaum glaublich erscheint die Mär, die ein den sogenannten besseren Ständen angehöriger Herr zum Besten gab: „Meiner Frau hat der frühere

Kronprinz die Hand gereicht. Sie ist so glücklich darüber, daß sie für acht Tage nichts zu essen braucht!“ Eine andere Frau sagte zu mir ausdrücklich: „Ich habe mit der Hand gewinkt, er hat mir, ja wirklich mir geminkt und zugelächelt.“ Sollte man so etwas noch für möglich halten? ... Echt Friedenau!“

Ozeanflieger nach Berlin gestartet.

1000 Kilometer bereits durchgeflogen.

Chicago, 3. Juli.

Das Land- und Wasserflugzeug der Flieger Gast und Parker Cramer startete gestern zu seinem Fluge Chicago—Berlin. Der Abflug vollzog sich glatt vom Michigan-See aus.

Milwaukee, 3. Juli.

Das Flugzeug nahm um 8:37 Uhr früh (New-Yorker Zeit) hier die angekündigte Zwischenlandung vor. Es wurde von Vertretern der Behörden und einer zahlreichen Menschenmenge begrüßt.

Die Flieger wollen die nördliche Strecke wählen, um nach Europa zu gelangen. Von Milwaukee fliegen sie nach Kanada. Dort soll eine zweite Zwischenlandung erfolgen. Eine dritte ist auf dem Remi-See vorgesehen. Dort ergänzen die Flieger ihre Vorräte für den Flug über den Ozean. Vom Remi-See wollen die Flieger auf der Strecke Grönland, Irland, Bergen und Kopenhagen Berlin erreichen, wo sie hoffen Ende der Woche zu landen.

Eine notwendige Rücksichtnahme.

Die Republikanische Beschwerdestelle in Berlin hat eine dankenswerte Anregung gegeben, über die sie uns schreibt: „In dem staatlichen Charitékrankenhaus in Berlin besteht noch immer die Sitte, daß über den Betten der Wächnerinnen Tafeln angebracht waren mit der Bezeichnung „Frau“ oder „Fräulein“. Auf diese Weise mußte jeder Besucher sofort erkennen, ob es sich um eine ledige oder um eine verheiratete Mutter handelt. Die Republikanische Beschwerdestelle Berlin wandte sich wegen dieses Umstandes, der dem Sinn des Artikels 121 der Reichsverfassung widerspricht, an die Direktion des Charitékrankenhauses und erhielt unter dem 29. Juni den Bescheid, daß von jetzt ab auf den Tafeln über den Betten nur Vor- und Zuname aufgeschrieben werden.“ Es ist erfreulich, daß die Charité-Direktion auf die Anregung sofort eingegangen ist. Das bestehende Vorurteil gegen un- verheiratete Mütter ist hiermit nicht beseitigt. Aber die Rücksichtnahme auf dieses Vorurteil wird von vielen unverschämten Müttern mit Freude begrüßt werden. Die jetzt von der Charité-Direktion getroffene Maßregel war längst eine Notwendigkeit.

Schwarzweiproie Studentenbootsaufse.

Die Studenten verlangen zwar, daß ihnen der Staat recht große Unterstufungen gewährt, um ihren Sportbetrieb zu unterhalten. Wenn sie aber akademische Sportfeste veranstalten, dann zeigen sie ihre Abneigung gegen die Republik recht deutlich. So wurden bei einer Bootsaufse der Hochschule für Leibensübungen in Bichelsdorf nur schwarzweiproie Boote zugelassen. Trotzdem sprachen zwei Beamte. Die Republik sollte doch vorsichtiger sein in der Bewilligung von Mitteln. Um reaktionäre Studenten zu unterstufen, ist das Geld der Steuerzahler zu schade.

Ein internationaler Genossenschaftstag.

Der Internationale Genossenschaftstag, der in diesen Tagen von den Konsumgenossenschaften auf Veranlassung des Internationalen Genossenschaftsbundes in allen Ländern der Welt festlich begangen wird, ist ein großzügiger Werttag für die genossenschaftliche Wirtschaftsidee. Dem Internationalen Genossenschaftsbund sind aus 37 Ländern der Welt 45 genossenschaftliche Zentralverbände angeschlossen, in denen 169 000 Genossenschaften mit rund 52 Millionen Mitgliedern vereinigt sind. Davon sind in Konsumgenossenschaften 60,07 Proz., in landwirtschaftlichen Genossenschaften 22,49 Proz., in Kreditgenossenschaften 16,95 Proz., und der Rest in anderen Genossenschaften zusammengeschlossen. Die Warenumsätze der Konsumgenossenschaften sind für das Jahr 1928 auf über 27 Milliarden Mark berechnet, die genossenschaftliche Warenerzeugung auf rund 3 Milliarden Mark. Das Anteilkapital der Mitglieder beträgt 2½ Milliarden Mark. Die deutschen Konsumgenossenschaften nehmen mit rund 1½ Milliarden Mark Umsatz und 450 Millionen Mark Eigenproduktion an der genossenschaftlichen Weltwirtschaft teil.

Jack London:



(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus).

Als er wieder auf dem Bett saß, sprach er ernsthaft zu seinem Schuh: „Die Kleine hat recht. Nur ein Bett auf einmal. Hundertvierzig Rohhaarzettel, ohne daß ich einen einzigen gebrauchen könnte. Ein Zügel auf einmal. Ich kann nur ein Pferd auf einmal reiten. Armer alter Bob. Es wäre besser, wenn ich dich auf die Weide schickte. Dreißig Millionen Dollar und hundert Millionen oder gar nichts in Sicht, und was hab ich davon? Es gibt eine Menge Dinge, die man nicht für Geld kaufen kann. Die Kleine kann ich nicht kaufen. Tüchtigkeit kann ich nicht kaufen. Was hab ich von dreißig Millionen, wenn ich nicht mehr als einen Liter Cocktail täglich nehmen kann? Wenn ich Durst auf hundert Liter hätte, dann wäre es was anderes. Aber einen Liter — ein etendes Literchen. Hier sitze ich, der dreißigfache Millionär, und schufte mich Tag für Tag mehr ab als ein Dugend von den Leuten, die für mich arbeiten, und alles, was ich davon habe, sind zwei Mahlzeiten, die mir nicht schmecken, ein Bett, ein Liter Martinis und hundertvierzig Rohhaarzettel an der Wand.“ Er starrte melancholisch die ganze Ausstufung an. „Ich bin ein schöner Esel, Herr Schuh. Gute Nacht.“

Biel schlimmer als der beherrschte Dauertrinker ist der stille Säuer, und das wurde Daylight jetzt. Er trank selten in Gesellschaft, fast immer allein in seinem Zimmer. Täglich, wenn er von seiner Arbeit und Mühe heimkam, trank er, bis er schläfrig wurde, und schlief ein mit dem Bewußtsein, daß er am nächsten Morgen mit trockener, brennender Kehle aufwachen und dasselbe Tagesprogramm wiederholen würde.

Das Land erholte sich mit seiner gewöhnlichen Elastizität. Die Geldknappheit aber dauerte an, obwohl die Leser von Daylights Zeitungen wie von den anderen von Privatleuten subventionierten Blättern zu dem Ergebnis hätten kommen können, daß jede Schwierigkeit vorbei und die Panik überstanden wäre. Alle öffentlichen Äußerungen waren zuverlässig, aber die Privatleute befanden sich zum großen Teil

in schrecklichster Verlegenheit. Die Austritte, die in Daylights Privatkontor und bei seinen Direktionsitzungen stattfanden, hätten die Leitartikel in seinen Zeitungen lägen gestraft, und auch die Reden, die er etwa den Großaktionären der Sierra- und Salvador-Elektrizitäts-Kompanie der Vereinigten Wasserwerke und einiger anderer Gesellschaften hielt.

Schließlich, als der Sommer im Anzug war, trat eine Wendung zum Besseren ein. Es kam ein Tag, da Daylight etwas tat, was er noch nie getan hatte. Er verließ das Geschäft eine ganze Stunde früher als gewöhnlich, weil nicht die geringste Arbeit mehr zu tun war. Bedor er ging, trat er in Hegans Privatbureau, um einen Augenblick mit ihm zu schwätzen, und als er sich erhob, um zu gehen, sagte er: „Hegan, wir sind übere Berg. Wir gehen als ganze Kerle aus diesem Pfandleihschäft heraus und tun es, ohne ein einziges Pfand im Stich zu lassen. Das Schlimmste ist überstanden und das Ende in Sicht. Nur noch die Zügel ein paar Wochen stramm halten, dann können wir loslassen und uns in die Hände spülen.“

Diesmal änderte er sogar sein Programm. Statt direkt in sein Hotel zu fahren, machte er die Runde durch verschiedene Bars und Cafés, trank hier und da einen Cocktail, auch zwei bis drei, wenn er Bekannte traf. Nachdem er wohl eine Stunde auf diese Art verbracht hatte, kam er ins Parthenon, um noch ein Glas zu trinken, ehe er zum Essen heimging. Er hatte schon ein gut Teil getrunken und war sehr aufgeräumt und guter Laune. In einer Ecke der Bar standen einige junge Leute und besuhtigten sich mit dem alten Trick, die Ellbogen auf die Schranke zu stemmen und sich gegenseitig die Hände herunterzudrücken. Ein dreißigjähriger junger Riese schlug, ohne selbst den Ellbogen zu verrücken, alle Hände nieder, die sich ihm entgegenstreckten. Das erweckte Daylights Interesse.

„Das ist Slosson“, antwortete der Barkeeper ihm auf seine Frage. „Der beste Schwerhammerwerfer von ganz Ober-Kanada. Er hat alle Rekorde heuer geschlagen, sogar den Weltrekord. Ein tüchtiger Kerl.“

Daylight nickte, trat zu dem jungen Mann und legte seinen Arm zurecht.

„Ich möchte dir eine Chance geben, mein Sohn“, sagte er. Der junge Mann lachte, griff zu, und zu Daylights Ueberraschung wurde seine eigene Hand auf den Schanktisch gezwungen.

„Barie“, murmelte er. „Noch einmal. Ich war noch nicht fertig diesmal.“

Wieder griffen die Hände der beiden Männer umeinander. Es ging schnell. Die Offensive von Daylights Muskeln ging sogleich in Abwehr über, aber wieder wurde seine vergebens widerstrebende Hand heruntergedrückt. Daylight war verblüfft. Es war kein Trick gewesen. Die Gewaltthat war auf beiden Seiten gleich, wenn nicht größer auf der seinen, Kraft, reine Kraft hatte es gemacht. Er bestellte Getränke, hob, immer noch verblüfft und grübelnd, seinen eigenen Arm und betrachtete ihn wie etwas Fremdes und Neues. Er erkannte ihn nicht wieder. Jedenfalls war es nicht der, mit dem er all die Jahre herumgegangen war. Der alte Arm? In alten Tagen wäre es Spielerei gewesen, die Hand des jungen Riesen niederzuzwingen. Aber dieser Arm — er betrachtete ihn immer noch mit einem so zweifelnden, verblüfften Ausdruck, daß die jungen Leute laut lachten.

Ihr Gelächter rief ihn aus seinen Betrachtungen. Im ersten Augenblick stimmte er ein, aber dann trat allmählich ein ernster Ausdruck in seine Züge. Er lehnte sich über den Schanktisch und sagte zu dem Hammerwerfer: „Mein Sohn, laß mich dir ein Geheimnis ins Ohr flüstern. Nach, daß du von hier wegstommst und aufhörst zu trinken, ehe du richtig damit angefangen hast.“

Der junge Mann wurde rot vor Zorn, aber Daylight fuhr ruhig fort: „Hör auf deinen Papa und laß dir ein paar gute Ratsschläge geben. Ich bin selbst ein junger Mann, aber nicht mehr so richtig. Ich will dir was sagen: Vor ein paar Jahren wäre es mir ein Kinderpiel gewesen, deine Hand runterzudrücken.“

Slosson sah ihn zweifelnd an, während die anderen sich grinsend um Daylight drängten.

„Mein Sohn, ich bin kein Prediger. Es ist das erstemal, daß ich den reinigen Sünder spiele, und du selbst hast mich dazu gebracht. Ich hab in meinem Leben schon mit manchem zu tun gehabt, und ich war nicht wählerisch, was du selbst am besten beurteilen kannst. Ich will dir sagen, daß ich reich bin, der Teufel weiß, wieviel Millionen ich habe, aber ich will alles bis auf den letzten Schilling hier auf den Tisch legen, um deine Hand runterzuzwingen. Mein Sohn, so steht es mit mir, und so sehe ich selbst die Sache an. Das Spiel lohnt sich nicht. Hüte dich und denk mal darüber nach, was ich dir gesagt habe. Gute Nacht.“

Er drehte sich um und taumelte hinaus, und der moralische Eindruck seiner Predigt litt stark darunter, daß er, als er sie hielt, so offensichtlich betrunken war.

(Fortsetzung folgt.)

Elbertshagen: Gesang der Maschinen

Sturzflut sprühenden Sonnenscheins. Ein Baum atmet so tief das belebende Licht, das seine tausend Knospen plagt. Unter dem Baum steht eine alte Frau und bietet Schneeglöckchen an. Maienjung sind die kleinen Blumen, die den Lenz aus Eisestarre und Schnee gelockt.

Ich stehe, staune, trinke Licht und Blumenwunder und versinke im juchzenden Hoffen — — —

Da schlägt mir jemand herzhaft auf die Schulter und lacht: „Komm mit, Traumpeter, ich hab' heute etwas Besonderes für dich.“

Es ist der Redakteur X., ein lieber, lebensbejahender Mensch, der alles Sinnende „weich“ nennt und gegen Lyrik, von Berufs wegen, hundert Borurteile hat.

Unterhaltend nimmt er mich ins Schlepptau und redet davon, daß um diese frühe Frühlingzeit seine Redaktionsstube zum Karitätenkabinett wird. Denn der April bringt die ersten Raikaiser, lahmadte Spagendobys, flügelzerrnichte Schmetterlinge, eine Riesenhuschrede, die Zeillupe läuft, vorzeitige Blumen und Blüten. Jeder liebe Einsender erhofft am anderen Tage einen beträchtlichen Artikel in seiner lieben Zeitung und schon am Tage darauf ein noch beträchtlicheres Honorar in seinen noch weit lieberen Händen dafür zu halten.

Er aber, so sagt mir mein Freundredakteur, sei heute auf eine ganz andere Karität lustern. Er möchte mal einen richtigen Frühling, Mai- und Lenzidealisten von Maschinen zermalmt sehen. Na, und ich sei gerade der Richtige dazu.

Staubdürstiger Kampf!

Rein, nicht ganz so grausam habe er das gemeint. Aber ich sollte mit ihm kommen, er wolle mir ein Zeitungshaus vom Keller bis zum Dach zeigen.

Leb wohl, jubelnde Sonne, lachender Lenz, Freiheit und Leben, lebt wohl! Hinein ins Dröhnen, Getöse, in Froh und menschenmarternde Technik!

Ich will meine abgöttische Liebe zur Natur retten, darum will ich mit ihm gehen und — sein Maschinenland kennen lernen.

Im Maschinenraum, bei den Transformatoren, waren wir zuerst. Röhren, Röhren, Röhren, blickende Knöpfe, zuckende Zeiger in Uhren mit lauernden Augen. Dieses Herz des ganzen Hauses dröhnt und summt im dumpfen, rhythmischen Sang und sendet geheimnisvolle Ströme von Energie und Kraft durch tausend Adern. Die werden zerspalten in hunderte zuckender, vibrierender Nerven und laufen bis in den First des Daches. Der ganze Raum — der Schlag eines Herzens vertausendfach — klopf und pocht bei Tag und Nacht.

Und die Kraftströme geben Leben und Lat den Klappernden, plärrenden, schnarrenden Sechsmaschinen, diesen Wundern der Technik. Rädchen, Hälchen, Stifchen, Spiralen, Hebel, Walzen greifen, heben, schieben, sammeln und zerlegen.

Ein Griff des Rammes an der Maschine und das Surren, Spurren, Hätschen und Rasseln verstummt, all die tausend kleinen Teile, die eben noch so munter hin und her sprangen, verharrten tot und reglos. Ein Griff — — — es schnarrt und knarrt, zirpt und pfeift, tschelt und raschelt von neuem.

Wie pulswarm liebend die Hand des Sehers auf diesem bannenden und lösenden Hebel liegt, so — — — so — — — liegt wohl Gottes Hand auf dem Herzen des Menschen.

Doch weiter geht's. Dori wachen und wogen in riesigen Bottichen galvanische Bäder. Achtzig Stunden — um einen einzigen Millimeter Kupferelektrolyt zu gewinnen. Achtzig Stunden ohne Unterlaß dies Brodeln und Sprubeln, Strömen und Fließen — — — und es zischt silbriger Glanz in tosenden Kesseln, wasserflüssiges

Blei, Matrizen zu gießen, halbe Zylinder, Stück um Stück, in einem fort. Hartgeglommene Weisheit aus heißen Köpfen, politisch Gezänk, politisch Geschrei, bleischwer verbunden mit Unglück und Schmerz und den Selbstmorden fernweiter Welten.

In den Riesenrotationsmaschinen, an diese Walzen gepreßt, umdreht sich die starre silbrige Weisheit wohl tausendmal und preßt ihr Bild hunderttausendfach auf das endlose Band weißen Papiers.

Jedweder Menschenlaut wird nun dem Gang der Ungeheuer zermalmt. Ich schreie meinem Begleiter etwas ins Ohr, aber es wird nicht einmal ein Flüstern daraus.

Hebel greifen, Zähne beißen, Messer reißen, Farbe tropft wie dünn Blut. Walzen und Bolzen, Wellen und Räder, Federn und Kolben stoßen und stampfen, stöhnen und dröhnen, wuchten und donnern gigantisches Lied.

Hymnus der Technik!

Der Boden hebt in rhythmischen Akkorden und zitternd Singen tönt in der zerrissenen Luft. Gewaltig Brausen, grauig schön, zermalmend, in die Knie zwingend und erhaben, voll Stolz und voll Triumph. Der Siegesang der wuchtenden Maschinen, die sich der Mensch erbacht, erklingt und erklingen. Das Loblied des Geschöpfes auf den Schöpfer.

Hoch oben, auf blühendem Gestänge, schreiten Männer in blauen Kleidern, sicher, gelassen und ruhig, mit schier königlicher Würde. Da und dort ein leichter Griff an Hebel oder Uhr, ein sanftes Streichen mit einem Tuch, als wische er einem Fiebernden begütigend den Schweiß von der Stirne.

Ich lege die Hand auf die Schulter meines Begleiters:

„Rein, sie zermalmen mich nicht, deine Maschinen. Donnernd und herkend, erhaben und zerbrechend ist der Maschinen eigenes Lied. Doch tausendmal herrlicher ist der Mensch, der da oben steht! Er ist nicht Knecht, nicht Sklave seiner Maschine, nein, nein! Er ist ihr Herr, ist König über sie!“

Sieh, das berauscht mich!
Es ist nicht wahr, was ich bisher geglaubt, daß die Maschine den Menschen zur Nummer macht, ihn um Denken und Wollen, um seine Persönlichkeit bringt. Nein, nein, des Menschen Wert ist sie, und er freut sich seiner Schöpfung. Aus seinen Tugenden tönt das geweihte Lied, da seine Lippen verstummen müssen in dem Getöse.“

Wir stehen wieder im Freien, der Freund und ich. Von allen Dächern, Türmen und Zinnen rinnt flüssiges Sonnengold gleich fließenden Bächen. In meinen Ohren summt, tönt und klingt noch der Sang der Maschinen, und die Gedanken daran machen mich stumm und vornehm.

„Nun, bist du endlich bezwungen, Traumpeter? Hat dich die Maschine gepackt und deine weiche Lyrik zerhackt?“

Und wieder lege ich schwer die Hand auf des Freundes Schulter und zeige auf einen Baum, der dort in einem Garten steht.

„Sieh dort den Baum, lieber Freund, laß ist er noch und scheinbar tot. Bald springen seine Knospen, grüne Blätter drängen sich heraus. Dann wird er weiße Blüten tragen, ein schneeeiger Schaum in Duft wird sein, und aus den Blüten werden rote Früchte reifen, voll Saft und würziger Süße — — — und all dies Spritzen, Wachsen, Blühen und Reifen aus tausend Bäumen und Sträuchern zugleich — — — geschieht, ohn' daß ein einziger Laut an deine Ohren dringt, ohn' daß ein Siegesang erklingt. Der Schöpfung ungewaltig, heilig Lied, lautlos aus tausend Wundern blüht.“

Da reichte mir der Freund die Hand und sagte im Fortgehen: „Unverbesserlich!“

Seiten der Folter und Inquisition, in einer Epoche, in der selbst in den Kreisen der Begüterten und Gebildeten der finstere Aberglaube herrschte, in ihren Verbrechen merklich von dem dieses Zeitalter überwuchernden Landstreicherwerk unterschieden. Wenn wir heute bei dem Mordprozeß in Kaschan von ihren Grausamkeiten und Verbrechen hören, die uns das Blut in den Adern erstarren lassen und uns in unserem fortgeschrittenen Zeitalter ungeheuerlich erscheinen lassen, so dürfen wir eben nicht vergessen, daß es sich hier um Angehörige einer Rasse handelt, die keine Entwicklung kennt und über die Zeit, ohne sie zu berühren, hinweggemacht ist. Die Zigeuner, die verächtlichen „Schwarzreiter“, die Kinder verkrüppelten und zum Betteln abrichteten, vor denen Hab und Gut anderer nicht einen Augenblick sicher waren, und die fähig waren, jedes Verbrechen im Dienste ihrer von Aberglauben durchlegten Phantasie zu begehen, standen in diesem Zeitalter des Verbrechertums nicht allein. Wenn wir die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts betrachten, diese Hochflut grausamer Verbrechen und Verbrechen, so wird uns vieles, was uns heute an diesem Volk ohne Zeit und ohne Entwicklung ungeheuerlich erscheint, verständlicher werden. Eine ganze Kunst der Diebe, Räuber, Zauberer, Hexen, Wollhauer und ähnlichen Geistes bedrückte die Landstraße. Dazu Maximilians entlassene Soldaten, die die Alpenländer als Gartknechte (garden = betteln) unsicher machten und den Zigeunern an Grausamkeit und Blutdurst keineswegs nachstanden.

Dieses Volk wurde später mit allen Mitteln ausgerottet, in Hexen- und Zaubereprozessen gefoltert und verbrannt. Was übrig blieb, mußte der Zeit weichen. Die Zigeuner aber blieben bis auf den heutigen Tag das Urvolk, das sie waren. Sie mußten in allen Zweigen und Künsten der Zauberei und Gistmischerlei Bescheid. Zur Erwerbung des „Glücksfinders“, des Fingers eines zu gewisser Zeit und unter gewissen Umständen Gemordeten, auch „Schlaflicht“ genannt, scheuten sie vor nichts zurück. Das Schlaflicht sollte vor Entdeckung bei Einbrüchen schützen und wer ein solches bei sich hatte, konnte ruhig und unbekümmert einen Einbruch begehen, denn die Bewohner des Hauses verfielen alle in tiefen Schlaf und merkten nichts von den Vorgängen.

Seit jeher standen die Zigeuner beim einfachen Volk im Ruf von Reuten, die in Liebesdingen besonders gut Bescheid wissen und dieser Ruf hat sich bis heute erhalten. Man denke nur an Wahrsagefrauen zigeunerischer Herkunft, an Liebestränkchen usw.

In Europa gibt es heute rund 650 000 Zigeuner. Die meisten davon leben in Ungarn und in der Wallachei. In Deutschland dürfte ihre Zahl kaum 600 überschreiten. Viele von ihnen sind erstaunlich musikalisch, und es gibt in Ungarn heute noch ganze Geigerorchester, deren Talent sich von den Vätern auf die Söhne weitervererbt und die beim Volk sehr beliebt sind. Aber das sind Ausnahmen. Ihre Mehrzahl sind noch wie vor Vagabunden.

Die hier gegebene Schilderung wirft kein gutes Licht auf diese braunen Gesellen. Vergessen wir aber nicht, daß sie viele Jahrhunderte in Unterdrückung und Sklaverei gelebt haben und von Ort zu Ort gejagt wurden.

Es ist historisch, daß noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Bukarest bei einem Erbschaftsverkauf ganze Zigeunerfamilien als käufliche Sklaven öffentlich versteigert wurden.

Vielleicht ist der Abgrund, der sie noch heute von allen Völkern trennt, nur darum unüberbrückbar, weil man an ihnen alle Mittel der Befehrung versucht und verschwendet hat, mit Ausnahme eines einzigen: der Liebe.

Selbstmörder und Heilgehilfe

Am Wege sitzt ein Mann, der aussieht wie ein Stück Holz. Die Sonne beschneit ihn, aber er rührt sich nicht. Am frühen Morgen ist Schnee gefallen. Dieser Schnee bedeckt in weichen Pöcklern Ante, Schultern und Kopf.

Darüber wundert sich der Heilgehilfe, der des Weges dahinwandert, eingedenk seiner Pflicht, allen Menschen ein freundlicher Helfer zu sein. Er nimmt die Schneebürste ab, um den Sitzenden besser betrachten zu können.

Dieser steife Mann ist wahrscheinlich erstoren (so urteilt der Heilgehilfe) und legt seinen Kopf ab, geht eilig ans Werk, untersucht den Körper. Die Haut ist kalt, aber das Herz juckt noch. Hört er wie eine Kerzenflamme im Luftzug. Rettung ist möglich. Der Heilgehilfe arbeitet, um das erlöschende Herz wieder anzufachen. Es gelingt endlich. Der Mann erhebt sich langsam und stampft mit den Füßen. Der Heilgehilfe legt seine Schneebürste wieder auf. Dann gehen beide nebeneinander weiter ohne zu sprechen.

Nachdem sie ein tüchtiges Stück vorwärtsgekommen sind, wagt der Heilgehilfe endlich, den schweren sonderbaren Mann, den er gerettet hat, mit einem Wort anzuhören. Halb verächtlich wird ihm darauf der Vorwurf hingeworfen, warum er die Menschen am Sterben hindere. Der Heilgehilfe, bestürzt über solche Lebensauffassung, wagt den Einwand, daß Gott jeden Menschen sterben ließe zu seiner Zeit. Der Mann meint, er sei erwachsen und brauche keinen Vormund, er wolle sterben, wann es ihm passe.

Der Heilgehilfe ist sehr bekümmert und betrübt. Er möchte etwas bemerken über die göttliche Vorlesung, unterdrückt es aber rechtzeitig, um den Mann nicht zu reizen. Schreckliches Unglück muß den Mitwanderer betroffen haben, warum sonst hätte er den Entschluß gefaßt, diese lebendige Erdenwelt zu verlassen!

Während seine Gedanken diesen Punkt umkreisen, geht der Tag zu Ende. Die Dunkelheit wird immer dichter und umwacht sie wie ein plötzlicher Wald. Jetzt endlich ist der Heilgehilfe im Klaren, daß der Mitwanderer doch noch seinem Unglück gefragt werden müsse, aber als er sich nach ihm hinwendet, bemerkt er nichts mehr von ihm. Er ruft und erhält keine Antwort. Er läuft zurück und strengt seine Augen an. Da sitzt er dunkel im Schnee, in der nämlichen Haltung wie zuvor unter der Sonne. Er geht hin und legt sich wortlos neben ihn.

„Was ist denn?“ fragt der Mann.
„Wenn du durchaus sterben willst, so werde ich mitleiden. Es stirbt sich leichter zu zweien. Berühm mir, daß ich dich vorher daran gehindert habe.“

„Ich will nicht belästigt werden.“
„Ich bin Heilgehilfe und muß überall, wo etwas schwer fällt, erleichtern. Das will Gott so haben. Mir ist das Leben eigentlich nicht wichtiger als dir. Aber meinen Beruf nehme ich ernst.“

Der Mann steht auf. Im Weitergehen sagt er erlautend: „Daß Gott auch so aussehen kann, hätte ich mir niemals träumen lassen.“
Der Heilgehilfe hütet sich, seine Freude anzudeuten. Er geht dem Geretteten zur Seite, läßt aber einen kleinen Zwischenraum, damit seine Gegenwart nicht allzu deutlich werde und das bewegte Meer ihrer Seelen ungestört sich besänftige.

Alexander von Sacher-Masoch: Die „Schwarzreiter“

Das Zigeunervolk! Wir kennen sie nicht und es ist schwer, sie zu erkennen. Und was wir über sie wissen, ist sicher vielfach zum Guten oder Bösen übertrieben und verzerrt. Diese ewig ruhelosen, von Ort zu Ort und Land zu Land streifenden Vagabunden, diese geheimnisvollen, von den Wirtshäusern durch einen laun überbrückbaren Abgrund getrennten Menschen, denen, wohin sie auch kamen, ihr zweifelhafter Ruf voraussetzte, das Gefühl mit Reugier gepaarten Grauens hervorruft, wir kennen sie nicht!

Woher kommen sie?
Vor einem Jahrtausend tauchten sie in unserem Erdteil auf. Ein Nomadenvolk, wie die Hunnen und Madjaren und doch in ihrer Wesenheit durch Welten von denen getrennt. Denn während jenen als Triebfeder zu ihren Wanderungen natürliche Umstände, das Aufsuchen neuer Jagdgründe und Weidplätze, die Sehnsucht nach einer neuen Heimat und damit auch das unbewußte Symbol der Schöpfung diente, ist den Zigeunern der Begriff Heimat fremd geblieben bis auf den heutigen Tag. Der Zigeuner ist heute wie vor Jahrhunderten: Triebkraft und ungebunden in seinen Instinkten. Er hat sich nie mit den Wirtshäusern befreunden können, die ihm naturgemäß feindslich gegenüberstanden.

Das einzige Volk, das sich vollkommen rassenrein erhalten hat, weil es keine Entwicklung kennt. Moral, Sitten, Religion sind für sie leere Begriffe. Sie sind die geborenen Ausbeuter und haben es seit jeher verstanden, auf Kosten anderer zu leben. Wo sie auftauchten, waren sie stets nur gebildet, für kürzere oder längere Zeit, und mußten dann weiter, denn sie taten nichts dazu, sich beliebt zu machen. Wenn man aber heute vom Standpunkt des modernen Europäers ein Urteil über sie fällen will, so darf man nicht vergessen, daß alles, was wir ihnen an Unmoral, Grausamkeit, Gewinn- und Genußsucht mit Recht zuschreiben, für sie Ziel und Lebensinhalt bedeuten. Der Zigeuner stiehlt aus Neigung um der Sache selbst willen. Er lügt um der Lüge willen, dem Zwange eines Urinstinktes nachgebend, der sich durch die Jahrhunderte seines Wanderlebens rein und ungebunden vererbt hat. Dabei ist er heute wie ehedem in das Reich finsterner Aberglaubens verstrickt, denn da er keine Entwicklung kannte, ist er so wie sein Vater war und wie dessen Vordäter waren. „Zigeuner“, „Zigany“ ist die gebräuchlichste Bezeichnung für sie. Unter diesem Namen sind sie in der Wallachei, an den Ufern der Moldau, in Ungarn, Siebenbürgen, Italien, Polen und Galizien, Oesterreich und Deutschland bekannt. In alten Berichtsakten des 15. und 16. Jahrhunderts bezeichnet man sie

häufig als Ägypter und man findet Angehörige ihrer Rasse in fast alle größere Zauberei- und Hexenprozesse dieser Epoche verstrickt. In Deutschland tauchten sie am Anfang des 15. Jahrhunderts auf. Sie kamen über die böhmische Grenze unter Anführung ihres eigenen Kapitäns, Zigeunerkönigs, und nannten sich selbst Ägypter. Sie erzählten die fantastischsten Dinge über ihre Abstammung, umgaben sich selbst mit der Glorie eines aus der Heimat vertriebenen Volkes, das vergeblich gegen seine Unterdrücker gekämpft hatte, und machten den Dorfbewohnern weis, in allen Künsten der Zauberei wohl bewandert zu sein. Auch nach Frankreich kamen sie zuerst aus Böhmen, daher bezeichnete man sie dort als Bohemiens.

Wir wissen heute, daß sie keine Ägypter waren. Die Urheimat der Zigeuner liegt in Indien, an den Ufern des Indus. Ueberraschend ist die Uebereinstimmung vieler Vorstellungen sexualpsychologischer Art bei den Indern und Zigeunern. Ihre Wanderung nach Europa begann im 13. Jahrhundert und sie kamen mit den Scharen der Nachfolger Dschingischans. Sie brachen zuerst in die asiatische Türkei und nach Persien und Armenien ein. Ihre Mehrzahl war und blieb Romaden. Die bildeten im 15. und 16. Jahrhundert Räuberbanden, die an Grausamkeit alles überboten. Aus Asien kamen sie schon im 9. Jahrhundert n. Chr. in großen Scharen nach dem westlichen Europa. Sie wurden von Ort zu Ort gejagt. Immer wieder scharten sie sich unter eigenen Kapitänen und Zigeunerkönigen zusammen und nahmen zeitweilig längeren Aufenthalt. Die einzelnen Mitglieder dieser Banden hielten in unverbüßlicher Treue zueinander. Diesem selten starken Kameradschaftsgefühl, das sie untereinander und auch mit dem in diesem Zeitalter blühenden Landstreichertum verband, lag der Gedanke der Blutsbrüderschaft zugrunde. Das Symbol der Blutmischung brachte eine Art geschwisterliches Verhältnis zustande und sollte bis zum Tode ein unzerbrechbares Band der Treue um die Beteiligten schlingen. Diese Art Blutsbrüderschaften, deren Blütezeit in das 16. und 17. Jahrhundert fällt, stammt übrigens schon aus der germanischen Wanderzeit. Auch hier gab es Blutsbünde, die sich zur Vollbringung einer besonders gefährlichen Tat zusammenschlossen.

Die Zigeuner waren oft in der Lage, Freibriefe der Kaiser und Päpste vorzuziehen. So erhielt der Zigeunerherzog Andreas, der mit tausend Anhängern nach Bologna zog, vom Papst Martin V. einen Schutzbrief. Im Mittelalter finden wir sie in allen Zauberei- und Hexenprozessen und an der Spitze der wahrhaftigsten Sexualverirrungen. Man darf aber nicht glauben, daß sie sich in jenem

Machtgruppierung im Baugewerbe

Neue monopolistische Bildungen

Für die Öffentlichkeit wenig erkennbar, für die Volkswirtschaft aber um so bedeutungsvoller, vollzieht sich im deutschen Großbaugewerbe seit Jahren eine starke Konzentration.

In der deutschen Wirtschaftsbilanz nimmt das Baugewerbe eine Sonderstellung ein. Es ist der am stärksten besetzte Erwerbszweig Deutschlands. Rund 1 1/2 Millionen Menschen waren nach der Betriebszählung vom Jahre 1925 im Baugewerbe und Bauverlegewerbe beschäftigt. Der Gesamtwert der Herstellung an Bauten — Wohnungsbau, Straßenbau, Bau von gewerblichen Gebäuden und Tiefbau — betrug nach einer Schätzung des Professors A. Hirsch im Jahre 1927 rund neun Milliarden Mark. Davon kamen auf Baustoffe viereinhalb und auf Löhne drei Milliarden Mark! Das Reich, die Länder, die Gemeinden und die Reichsbahn sind die Hauptauftraggeber im Baugewerbe. Allein aus diesen Zahlen kann man die Bedeutung des Baugewerks für die Wirtschaft Deutschlands erkennen. Die tiefgreifenden Wandlungen, die insbesondere die großen Konzerne im Hoch- und Tiefbau in jüngster Zeit durchmachen, spiegeln in eigenartiger Weise den Konzentrationsprozeß, der sich in den verschiedenen Zweigen der Wirtschaft vollzieht.

L.-G. für Verkehrswesen führt.

In der Expansionspolitik steht an führender Stelle der Konzern L.-G. für Verkehrswesen, deren jüngste Entwicklung zur größten Baufinanzierungsgesellschaft besonders bezeichnend ist. 1901 gegründet, war sie ein Kind der Berliner Handelsgesellschaft, deren Geschäftsinhaber Karl Fürstenberg bis zur Inflationszeit ununterbrochen den Vorsitz im Aufsichtsrat der Gesellschaft führte. Die Hauptgewinne flossen dem Unternehmen in der Vorkriegszeit aus dem einträglichen kolonialen und indländischen Eisenbahnbau zu.

Auch bei der Tochtergesellschaft Lenz u. Co., die neben dem Betrieb von Privatbahnen den Eisenbahnbau pflegte, schrumpfte im Kriege die Tätigkeit zusammen. Die Lenz u. Co. ist daher zur Ausführung von Hoch- und Tiefbauten übergegangen. Seit 1924 bekam der jetzige Generaldirektor Dr. Lübbert den ausschlaggebenden Einfluß bei der L.-G. für Verkehrswesen. Seit dieser Zeit entfaltet die L.-G. für Verkehrswesen eine rege Expansion. Die wiederholte Erhöhung des Aktienkapitals der Gesellschaft von 9 auf 50 Millionen Mark innerhalb der letzten fünf Jahre ist ein deutlicher Ausdruck dieser Expansionspolitik.

In zwei Richtungen erfolgte die Ausdehnung des Konzerns. Durch die Verschmelzung mit der Allgemeinen Deutschen Eisenbahngesellschaft und — in jüngster Zeit — der Deutschen Eisenbahngesellschaft hat sich die Gesellschaft einerseits zum

großem deutschen Privatbahnkonzern

herangebildet. Andererseits sicherte sich der Verkehrskonzern durch den Erwerb der Majorität des Aktienkapitals der Allgemeinen Bau-Gesellschaft Lenz u. Co. und der Dyckerhoff u. Widmann, Wiesbaden, eine starke Position im Baugewerbe. Die Höhe des Aktienkapitals dieser Baufirmen — die Lenz u. Co. hat das Aktienkapital auf 11,25 Millionen Mark erhöht, bei der Wiesbadener Gesellschaft beträgt das Aktienkapital 8 Millionen Mark — läßt die Bedeutung dieser Gesellschaft erkennen. Beide Baufirmen sind durch die Dachgesellschaft, besonders im Auslandsgeschäft, eng aufeinander angewiesen.

Eine weitere bedeutende Expansion des Verkehrskonzerns im Baugewerbe erfolgte vor einigen Wochen auf dem Wege der Verständigung mit der Ostwerke L.-G., der Finanzierungsgesellschaft des Bier-Spirit-Konzerns Schullbeiß-Pagenhofer. Der Verkehrskonzern hat etwa 2 Millionen oder rund ein Viertel des Stammkapitals der Industriebau Held u. Franke, einer Bauhilfsgruppe des Ostwerke-Konzerns, übernommen. Die Ostwerke L.-G. erhielt ein entsprechendes Paket der Aktien der Verkehrs L.-G. Auf diese Weise sichert sich wieder die Schießsche Zementindustrie, die von den Ostwerken beherrscht wird, einen Einfluß beim größten Baukonzern Deutschlands. Die Industriebau Held u. Franke beherrscht wiederum eine Reihe anderer Bauunternehmungen, unter denen die wichtigsten die „Huta“ und die Süddeutsche Held u. Franke L.-G. sind.

Verbindung mit Elektrokonzernen.

Von dem Verkehrskonzern werden Fäden gesponnen zu anderen mächtigen Unternehmungen, die im Baugewerbe interessiert

sind. Mit der A.E.G., die an der Ausführung von Hoch- und Tiefbauten interessiert ist, welche zur Erzeugung und Verwendung elektrischer Kraft dienen, wie von Wasserkraftanlagen, von Eisenbahnen, insbesondere von Hoch- und Untergrundbahnen, bestehen schon seit der Gründung des Unternehmens enge Beziehungen, die durch Vermittlung der Berliner Handelsgesellschaft auch gegenwärtig gepflegt werden.

Eine weitere bedeutende Verknüpfung mit dem Elektrokonzern erfolgte Anfang 1928 mit der Gründung des Bauverbandes L.-G. Unter den fünf Baufirmen, die unter Führung der A.E.G. den Bauverband gründeten, befindet sich auch die Dyckerhoff u. Widmann L.-G., die vom Verkehrswesen-Konzern beherrscht wird. Es ist anzunehmen, daß diese Baufirma auch mit den Bauunternehmungen, mit denen die Gründung des Bauverbandes gemeinsam erfolgte, in enger Fühlung steht. Es sind dies durchweg große Baufirmen: J. Berger, Wagh u. Freitag, Hoch- und Tiefbau, Polenki und Joellner.

Die Bauverband L.-G., das sehr interessante Kind des großen Elektrizitätskonzerns und der großen Baufirmen, will den bautechnischen Teil beim Bau von elektrischen Kraftwagen und elektrischen Bahnmotoren besorgen sowie die Vermittlung und Verteilung derartiger Bauaufträge unter die beteiligten Großbaufirmen. Man will folglich bei der Vergebung entsprechender auswärtsreicher Bauaufträge möglichst unter sich sein und die kleinen Baufirmen von vornherein ausschließen.

Auch zum Hauptkonkurrenten des Verkehrswesen-Konzerns, der Frankfurter Gesellschaft Ph. Holzmann, ist eine Brücke geschlagen worden. So wird in jüngster Zeit die Expansion der Tochtergesellschaft Lenz u. Co. gemeinsam mit einer Bantoverbindung des Holzmann-Konzerns, dem Bankhaus Lazard Speyer Elissen, betrieben. Diese Fühlungnahme ist von besonderer Bedeutung, denn der Holzmann-Konzern, der mit zu den bedeutendsten Baufirmen Deutschlands gehört, hat seinerseits mit seinen 12 000—14 000 Arbeitern ein riesiges Arbeitsfeld. Hier stehen im Vordergrund die umfangreichen Bahnbauten im Ausland, die des öfteren gemeinsam mit J. Berger und Siemens-Bauunion ausgeführt werden.

Formen und Förderer der Konzentration.

Der Zusammenfluß und die Verständigung erfolgt in erster Linie bei den Großbaufirmen. Die kapitalistische Verflechtung erfolgt vorwiegend in der Form der Beteiligung, die den industriellen Großmächten den ausschlaggebenden Einfluß sichert. Auch die frühere Form der Arbeitsgemeinschaften wird gepflegt. So berätet der J. Berger-Konzern, daß die Form der Arbeitsgemeinschaften mit anderen Firmen auch auf das ausländische Baugeschäft übertragen wird.

Die wachsende Verständigung der Baufirmen ist nicht zuletzt das Werk der Großbanken, die sich von der gegenseitigen Konkurrenz von Unternehmungen, an denen sie beteiligt sind, keinen Vorteil versprechen. Schon die große Zahl der Vertreter der Banken in den Aufsichtsräten läßt deutlich erkennen, daß der Einfluß der Banken in jüngster Zeit zugenommen hat. Beim Holzmann-Konzern z. B. sind ein großer Teil der Aufsichtsräte Vertreter der Deutschen Bank. Bei einer Reihe von Unternehmungen sichern sich die Banken den Einfluß durch Besitz von Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht. So konnte die Darmstädter und Nationalbank, die besonders ausgedehnte Interessen im Baugeschäft besitzt, bei der jüngsten Transaktion Industriebau Held u. Franke L.-G. für Verkehrswesen auf Grund des Besitzes von 160 000 Mark Industriebau-Vorzugsaktien ihren Einfluß bei dieser Gesellschaft durch Erwerb eines zweiten Vertreters der Bank in den Aufsichtsrat erweitern, obwohl die Herrschaftsverhältnisse durch das Eindringen des Verkehrskonzerns sich völlig geändert haben.

Monopolbestrebungen und Machterweiterung

sind die Triebkräfte des Prozesses der Zusammenballung. Produktionswirtschaftliche Gesichtspunkte spielen demgegenüber eine untergeordnete Rolle. Die wirtschaftspolitische Stellungnahme der organisierten Arbeiterschaft, die Forderung nach Kontrolle und Einflußnahme auf die Wirtschaftsführung der kapitalistischen Monopolgebilde, erfahren durch die jüngste Entwicklung im Baugewerbe eine weitere Stütze. Sch—r.

Großzügigkeit oder Reklame?

Preisentfernung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerts.

Vom Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswert wurden in den letzten Tagen Mitteilungen verbreitet, wonach es zu einer neuen, „großzügigen“ Tarifpolitik übergegangen sei. (Siehe „Deutsche Bergwerks-Zeitung“.) Am 1. Juli soll Kraftstrom für elektrische Geräte für 9 Pf., d. h. für etwa ein Viertel des Lichtstrompreises und für die Hälfte des bisherigen Kraftstrompreises geliefert werden.

Etwas Neues ist diese Tarifpolitik nun keineswegs. Zwei Arten von Stromtarifpolitik sind möglich: entweder gibt man an Kleinabnehmer den Strom, gleichgültig für welche Zwecke, zu einem möglichst niedrigen Einheitspreis ab; oder aber man setzt verschiedene Preise für Lichtstrom und Kraftstrom fest, indem man den Kraftstrom begünstigt, in der Hoffnung, dadurch auch die Verbreitung von Elektrogeräten zu erleichtern und den Spitzenausgleich zu fördern. Das RWG hat gleich diesen kommunalen Elektrizitätswerken den zweiten Weg gewählt; es hat jetzt nur den stets billigeren Kraftstrompreis, allerdings erheblich, herabgesetzt.

Dabei darf man aber eins nicht vergessen: diese Tarifpolitik ist nur möglich bei einem entsprechend höheren Lichtstrompreis. Dieser beträgt bei dem RWG 38 Pfennig die Kilowattstunde. Berlin dagegen hat den gleichen Einheitspreis; der Durchschnittspreis stellt sich in Berlin mit Grundgebühren auf 24 Pfennig für die Kilowattstunde, ist also für den Lichtstromabnehmer (die breite Masse!) um 40 Proz. niedriger als der des RWG.

Auch die Tarifbestimmung des RWG, daß bei einem jährlichen Stromverbrauch von mehr als 1000 Kilowattstunden im Sommer der normale Kraftstromtarif von 18 Pfennig gelten soll, hat Vorbilder (z. B. Frankfurt). Aber diese Prämie für hohen Kraftstromverbrauch kann der gewöhnliche Sterbliche nur erlangen, wenn er ganz und gar elektrisch lebt.

Das elektrische Kochen im Haushalt durchzuführen, ist der aus-

gesprochene Zweck dieses Tarifes. In welchem Maße das gelingen wird, inwieweit dadurch eine gleichmäßigere Ausnutzung der Anlagen der Elektrizitätswerke bewirkt werden wird, bleibt abzuwarten.

Von besonderer Großzügigkeit kann bei dem Vorgehen des RWG leider nicht gesprochen werden. Eher schon von etwas zweifelhafter Reklame. Die Verbilligung des Kraftstromes müssen die Lichtstromverbraucher bezahlen. Der großen Masse der Elektrizitätsverbraucher, und das sind fast nur Lichtstromabnehmer, ist nur mit einem niedrigen Durchschnittspreis gedient. Dieser ist aber bestimmt durch den Lichtstrompreis. Freilich wäre eine großzügige Tarifreform des RWG für die Masse der Lichtstromverbraucher zu begrüßen gewesen, und zwar um so mehr, als die Kleinverbraucher ohnehin im RWG, zugunsten der Industrie benachteiligt werden.

Schuldenbilanz der Städte.

Ende März 4,11 Milliarden, davon 824 Millionen kurzfristig

Der Deutsche Städtetag hat die von ihm dankenswerterweise durchgeführte ständige Statistik über die Entwicklung der kommunalen Schulden bis zum 31. März dieses Jahres fortgeführt. Aus der Statistik ergibt sich, daß im Vierteljahr Januar/März 1929 rund 448 Millionen langfristige Anleihen und rund 35 Millionen kurzfristige Schulden neu aufgenommen worden sind. Die Gesamtverschuldung der Städte, das heißt sämtlicher Städte über 25000 Einwohner, hat sich damit zum 31. März 1929 auf 3291,0 Millionen langfristiger und 823,8 Millionen kurzfristiger Schulden, insgesamt rund 4,11 Milliarden erhöht.

Von den rund 448 Millionen langfristigen Anleihen des ersten Quartals 1929 kommen 382 Millionen auf Inlands- und nur 65,9 Millionen auf Auslandsanleihen. Die Auslandsanleihen wurden hundertprozentig für den Ausbau von Versorgungsbetrieben verwendet.

Am ganzen Rechnungsjahr 1928/29 (April bis April) wurden insgesamt 1320,7 Millionen langfristige Schulden aufgenommen, von denen auf das Ausland 287,3 Millionen und auf das Inland 1042,4 Millionen entfielen.

Der Arbeitsmarkt im Reich.

Reichsanstalt meldet Stillstand der Besserung.

Die Aufwärtsbewegung des Arbeitsmarktes ist nach dem Bericht der Reichsanstalt in der Woche zum 29. Juni nahezu zum Stillstand gekommen. Ob dies, wie manche Landesarbeitsämter annehmen, darauf zurückzuführen ist, daß die Jahreskurve der Arbeitslosigkeit dicht vor ihrem Tiefpunkt steht, oder ob es sich, wie andere Landesarbeitsämter meinen, mehr um eine vorübergehende Stodung handelt, die regelmäßig in der Mitte des Jahres eintritt und erfahrungsgemäß von einer erneuten kurzen Welle der Saisonbelegung abgelöst wird, mußte vorläufig dahingestellt bleiben. Die Unsicherheit der Beschäftigung, vor allem in den Verbrauchsgüterindustrien, sei immer noch groß und zwingt, obgleich es in den Produktionsmittelindustrien nicht an günstigen Anzeichen fehlt, zur Vorsicht in der Kennzeichnung der Lage.

6—8 Millionen Paar Schuhe für Berlin

Zahlen über Berlins Schuhindustrie.

Die „Berliner Wirtschaftsberichte“, Beilage zum Amtsblatt der Stadt Berlin, bringen in ihrer Ausgabe vom 30. Juni interessante Angaben über „Schuhwarengewerbe und Schuhwarenhandel in Berlin“. Den Schuhbedarf der Berliner Bevölkerung darf man danach mit 6 bis 8 Mill. Paar jährlich annehmen. Davon wird in Berlin aber nur ein kleiner Teil hergestellt.

Vor allem Herrenschuhe kommen vor auswärts. Anders ist es bei Schuhformen, deren Absatz vom Modewechsel besonders stark abhängig ist. Da allein der Berliner Markt den Vorteil steter Marktbeobachtung und damit die Voraussetzung zu rascher Anpassung an den Wandel der Mode bietet, so ist die Berliner Fabrikation in diesen Zweigen so groß, daß ein Teil der Produktion in andere deutsche Städte und auch nach Skandinavien ausgeführt wird.

Die Betriebszählung vom 16. Juni 1925 zeigt für Berlin für das Schuhgewerbe folgenden Stand:

Es haben	1—5 Beschäftigte	8847 Betriebe mit 11 704 Pers.
	6—50	252 „ „ 3 761 „
	mehr als 50	54 „ „ 6 150 „
	Zusammen	9153 Betriebe mit 21 615 Pers.

Danach stellen die Kleinbetriebe 97 Proz. der Gesamtzahl dar, die in ihnen Beschäftigten aber nur 54 Proz. Die Zahl der Großbetriebe machten noch nicht 1 Proz., die Zahl der in ihnen Beschäftigten aber 28,52 der Gesamtzahl aus. Die meisten der Kleinbetriebe sind Alleinbetriebe, d. h. Betriebe, in denen der Inhaber allein tätig ist. Das sind in der Hauptsache Handwerker, die eigentlich nur noch Reparaturen, in Ausnahmefällen auch besondere Schuharten auf Bestellung (für Fußtrank u. a.) herstellen. Viele von ihnen können sich nur durch gleichzeitigen Handel mit Schuhen, die sie von Fabrikanten beziehen, halten. Zurückgegangen sind seit 1925 am stärksten die Mittelbetriebe. Als Haupttendenz ist langsamer Rückgang des Handwerks, der Klein- und Mittelbetriebe, und stärkere Entwicklung der Fabrik, d. h. der Großbetriebe, festzustellen.

Im Berliner Schuhhandel wurden 1925 1107 Betriebe mit 4821 Beschäftigten gezählt; davon hatten sieben Betriebe je 51 bis 200 Beschäftigte und ein Betrieb sogar 271 Beschäftigte. Diese großen Schuhhandelsfirmen nehmen eine beherrschende Stellung ein; und besonders diejenigen mit eigener Schuhfabrik wie Salomander, Lad, Leiser streben nach immer stärkerer Ausdehnung des Absatzes durch Vermehrung der Verkaufsstellen. In der Verkaufsorganisation scheint die Mode zu einer Spezialisierung zu drängen: es sollen Läden errichtet werden, in denen nur Herrenschuhe verkauft werden, da diese weniger Modeschwankungen ausgesetzt sind; Organisation und Unterteilung ihres Betriebs bedürfen besonderer Methoden.

Sowohl im Handel wie in der Produktion zeigen sich immer beherrschender die finanzielle Macht und die rationellere Organisation der Großbetriebe.

Was kostet ein Jahr Konkurse?

Das Statistische Reichsamt hat zum erstenmal seit 1921 für das Jahr 1928 wieder eine Erhebung darüber veranstaltet, welche Summen bei den in einem Jahre beendeten Konkursen verloren werden. Danach betragen bei 6 621 Konkursen die angemeldeten Verbindlichkeiten 380,6 Mill. Mark. Nach Abzug der Konkurskosten blieb eine Schuldenmasse von 340,4 Mill. Nur 22,2 Mill. Forderungen waren als bevorrechtigt anerkannt. Von diesen 22,2 Mill. konnten 53,3 Proz. aus der Teilungsmasse von insgesamt 82,1 Mill. gedeckt werden, von den nichtbevorrechtigten dagegen nur 10,8 Proz. Bei 2701 zu Ende geführten Vergleichsverfahren führten 254 zum Konkurs. Bei den durchgeführten 2012 Vergleichsverfahren, bei denen Schulden und erlassene Beträge festzustellen waren, betrug die Schuldenmasse 168,2 Mill.; davon wurden 66,4 Mill., also mehr als ein Drittel, erlassen, während der Rest gedeckt werden konnte.

Hochwerte um 50 Prozent höhere Umsätze. Die Hochwerte A.-G. in Zwickau gehört zu den wenigen wirklich rentablen Automobilfabriken Deutschlands. Der Erfolg der Hochwerte beruht bekanntlich auf der Spezialisierung auf einen einzigen Typ und auf der gut organisierten Betriebs- und Absatzorganisation. Die Hochwerte können in einem Börsenprospekt jetzt mitteilen, daß ihnen die letzten Monate eine fünfzigprozentige Umsatzsteigerung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres gebracht haben. Seit 1925 sind die Umsätze von 13,14 auf 18,76 und in dem am 31. Oktober v. J. abgeschlossenen Geschäftsjahr auf 28,21 Millionen gestiegen. Man wird also für das neue Jahr einen Umsatz von weit über 40 Millionen erwarten dürfen.

Zu den gut rentierenden Waggonfabriken, deren Zahl in den letzten Jahren gewachsen ist, gehört auch die Waggonfabrik A. Rathgeber A.-G. in München. Die Generalversammlung hat, wie im Vorjahre, die Dividende auf 7 Proz. festgesetzt. Die Verwaltung teilt mit, daß sich der Auftragsbestand seit dem Schluß des Geschäftsjahres nicht unwesentlich erhöht hat.

USA will Automobilzölle abschaffen. Wie gemeldet wird, ermagt der Finanzausschuß des Senats der Vereinigten Staaten, die Einfuhr von Automobilen in die sogenannte Freiliste aufzunehmen; das würde die Abschaffung der Einfuhrzölle für Automobile bedeuten. Begründet wird die Maßnahme damit, daß die amerikanische Automobilindustrie keines so billigen mehr bedürfe.

